

Quelle: <http://www.barkhof.uni-bremen.de/kua/memo/docs/steinitz.pdf>  
04. Oktober 1998

## Die Wirtschaft in den neuen Ländern nach der Wende (1989/90 - 1998)<sup>1</sup>

Fast neun Jahre sind seit der Wende in der DDR und acht Jahre seit der Vereinigung Deutschlands, dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik, vergangen. Ein Zeitraum in dem sich die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sozial-ökonomischen Strukturen und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in Ostdeutschland tiefgreifend verändert haben. Hierbei kommt der Entwicklung der Wirtschaft eine Schlüsselstellung zu; sowohl für die Bewertung der bisherigen Veränderungen als auch für die Beurteilung der zukünftigen Chancen und Perspektiven. Der Zeitraum seit der Wende ist auch ausreichend lang, um eine Bilanz der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu ziehen.

Die Bilanz fällt entgegengesetzt aus, je nachdem ob sie von der neoliberal-konservativen Bundesregierung oder der Opposition vorgelegt wird. Nach der Meinung der CDU ist der Aufbau Ost „die beeindruckendste Erfolgsgeschichte in diesem Jahrhundert.“ (Generalsekretär Hinze auf dem CDU-Parteitag Mai 1998 in Bremen). Im Rostocker Manifest der PDS „Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik“ vom April 1998 heißt es: „Das Staatseigentum der DDR an den Betrieben wurde nicht zum Volkseigentum, sondern die DDR-Bürger wurden dieses Eigentum los. Und mit ihm verloren sie soziale Sicherheit. Zwar haben sie persönliche Freiheiten, Warenangebote, Reisemöglichkeiten und manches andere gewonnen. Aber Arbeitslosigkeit, Eigentumslosigkeit und Machtlosigkeit stehen als schwere Verluste dagegen. ...Die Bilanz von acht Jahren staatliche Einheit ist die Bilanz einer von Anfang an verfehlten Politik und großen Lüge.“<sup>2</sup>

In diesem Beitrag soll versucht werden, (1) die Ergebnisse der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern differenziert aufzuzeigen und zu bewerten, (2) die Ursachen für ungelöste Probleme, Defizite und Fehlentwicklungen aufzudecken und die Verantwortung der herrschenden Wirtschaftspolitik nachzuweisen sowie (3) Spielräume und Chancen für die Zukunft und dazu erforderliche Konsequenzen für eine andere Wirtschaftspolitik zu begründen.

---

<sup>1</sup> Der Beitrag ist veröffentlicht in: Ansichten zur Geschichte der DDR, Band XI, Im Auftrage der Bundestagsgruppe der PDS, hg. v. Ludwig Elm, Dietmar Keller und Reinhard Mocek, Bonn, Berlin 1998

<sup>2</sup> Rostocker Manifest der PDS, Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik, April 1998, Disput/Pressedienst, 4/98, S.31

## 1. Die ostdeutsche Wirtschaft acht Jahre nach der Währungsunion und der staatliche Vereinigung

### *Das Umfeld der ostdeutschen Wirtschaft*

Die Übernahme der DDR-Wirtschaft durch die alte Bundesrepublik, die Probleme und Konflikte, die dabei aufgetreten sind sowie die bisherigen Ergebnisse, können nur dann richtig bewertet werden, wenn sie im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen - politischen, ökonomischen und sozialen - Verhältnissen der Bundesrepublik und der kapitalistischen Welt in den 90er Jahren analysiert werden.

Die wirtschaftliche und soziale Situation hat sich in der Bundesrepublik seit Mitte der siebziger Jahre verändert: Die finanziellen, aber vor allem die sozialen Probleme und Konflikte haben sich verschärft. Die Akkumulations-, Verteilungs- und Regulierungsweise, die sich in der Nachkriegsperiode unter maßgeblichem Einfluß des Keynesianismus herausgebildet hatte, geriet zunehmend in eine Krise. Mit der Vereinigung verbanden sich die unbewältigten Probleme der alten Bundesrepublik - vor allem wachsende Massenarbeitslosigkeit, zunehmende soziale Polarisierung in reich und arm durch forcierte Umverteilung von unten nach oben, Abbau des Sozialstaates, eskalierende Staatsschulden und Krise der öffentlichen Haushalte - mit der Transformations- und Vereinigungskrise Ostdeutschlands.

Diese Veränderungen sind vor allem Ergebnis der neoliberalen Politik, die seit über 20 Jahren zunehmend die Entwicklung in der Bundesrepublik bestimmt und alle Bereiche der Gesellschaft durchdringt. „Deregulierung und die entfesselte Herrschaft des Marktes haben die Möglichkeiten sozialer und ökologischer Orientierung der Wirtschaft durch demokratische Politik erheblich eingeschränkt. In der Bundesrepublik - wie in den meisten kapitalistischen Metropolen - ist die Politik zur Erfüllungsgehilfin wirtschaftlicher Gewinninteressen verkommen.“<sup>3</sup>

Die Chancen, die mit der Aufhebung der politisch-militärischen Ost-West Blockkonfrontation entstanden, wurden nicht genutzt. Im Gegenteil, die militärischen Konfliktherde haben sich vermehrt, die Nord-Süd-Problematik und die Umweltprobleme spitzen sich weltweit zu. Die notwendige Weichenstellung hin zu einer umweltfreundlichen, nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung ist bisher verhindert worden.

Die politisch-militärische Mauer zwischen Ost und West wurde von einer wirtschaftlich-sozialen Trennlinie quer durch Europa ersetzt. An die Stelle des kalten Krieges ist der erbitterte, schonungslose Wirtschaftskrieg zwischen den kapitalistischen Hauptländern der sogenannten Triade, USA, West-Europa und Japan/Süd-Ost-Asien, getreten. Die Kosten- und Produktivitätskonkurrenz wird sowohl bei einfachen Billig-Lohnprodukten als auch im Hoch-Technologie-Bereich unerbittlich ausgetragen.

In der Bundesrepublik und den meisten anderen kapitalistischen Staaten hat die Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit ihren höchsten Stand seit Kriegsende erreicht. Die Sockelarbeitslosigkeit steigt von einem Krisenzyklus zum nächsten und wird auch bei einem jährlichen Wachstum von 2-3% bis über das Jahr 2000 hinaus kaum zurückgehen. In der Bundesrepublik muß damit gerechnet werden, daß es auch um die Jahrtausendwende noch 4 Millionen

---

<sup>3</sup> Programm der PDS zur Bundestagswahl 1998, April 1998, Disput/Pressedienst, 4/98, Beilage, S.3

offiziell registrierte Erwerbslose und über 7 Millionen fehlende Arbeitsplätze geben wird. Bei einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der Bundesrepublik von 1980 bis 1997 auf 155% und der Geldvermögen der privaten Haushalte auf 370% (von 1.436 Mrd. DM auf 5.344 Mrd. DM), haben zugleich auch Armut und Obdachlosigkeit stark zugenommen. Auf der einen Seite ist die Anzahl der Millionäre auf rund eine Million gestiegen und entfällt auf das obere Drittel der Geldvermögensbesitzer 75% des gesamten Geldvermögens. 5% der reichsten Haushalte haben einen Anteil am Geldvermögen von 31%. Auf der anderen Seite hat sich der Anteil der Sozialhilfeempfänger in engeren Sinne (Hilfe zum Lebensunterhalt) an der westdeutschen Bevölkerung mehr als verdoppelt - 1980 1,4%, 1996 3,6% (2,4 Mill. Menschen); hiervon sind ein Drittel Kinder. Unterhalb der Armutsschwelle (50% des Durchschnittseinkommens) leben in den alten Bundesländern 12% der Bevölkerung.<sup>4</sup>

Die neuen Möglichkeiten der Produktivkraftentwicklung werden einseitig für radikale Kostensenkung und Einsparung von Arbeitsplätzen eingesetzt, um die Kapitalverwertung zu verbessern und die internationalen Konkurrenzpositionen deutschen Kapitals zu stärken.

In den letzten Jahren ist die Staatsverschuldung sprunghaft angestiegen. In der Bundesrepublik betragen die gesamten öffentlichen Schulden Ende 1997 2.221 Mrd. DM, bei einer Zinsbelastung 1997 von 132,5 Mrd. DM - 17% des gesamten Steueraufkommens und 4% des Bruttoinlandsprodukts.

Die Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und die Vertiefung der ökonomischen Integration im Rahmen der Wirtschaftsblöcke (EU, NAFTA, ASEAN usw.) geraten in immer krasserem Widerspruch zu deren Unwirksamkeit bei der notwendigen gemeinsamen Lösung von internationalen Problemen, vor allem der Abrüstung und Friedenssicherung, der Erhaltung der natürlichen Umwelt, der Sicherung sozialer Mindeststandards, aber auch der internationalen Schulden- und Finanzkrisen.

Die Globalisierung wird von den Herrschenden dazu instrumentalisiert, die neoliberale Strategie entfesselter Marktkräfte, des Sozialabbaus, der Deregulierung und der Privatisierung, der Unterordnung aller Seiten des gesellschaftlichen Lebens und der Politik unter die Verwertungsinteressen des Kapitals als alternativlos, als sich zwangsläufig vollziehender Prozeß darzustellen. „Der Wettbewerb im globalen Dorf ist wie eine Sturmflut, keiner kann sich ihm entziehen.“ (ehemaliger Daimler Benz Chef Reuter, 1993) Die von der neoliberalen Politik geprägte Globalisierung hat den Verlauf des ostdeutschen Transformationsprozesses beeinflußt und zur weitgehenden Deindustrialisierung, Zerstörung regionaler Verflechtungen und Vernichtung von Millionen Arbeitsplätzen beigetragen.

Auf die größeren Herausforderungen und Probleme reagieren die Bonner Regierungskoalition und die Unternehmerverbände im Innern mit der Demontage des Sozialstaates, mit Forderungen nach Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, nach Aushöhlung der Tarifautonomie und demokratischer Grundrechte und nach außen mit verstärkten Bemühungen, die politische und militärische Präsenz Deutschlands in der Weltpolitik und seine ökonomische Vormachtstellung in Europa zu erhöhen. Zugleich wird darauf verzichtet, wirksame Beiträge zur Lösung der realen Probleme und Konflikte zu leisten oder auch nur realistische Konzepte hierfür zu erarbeiten.

---

<sup>4</sup> Vgl. MEMORANDUM '98, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, PapyRossa Verlag, Köln 1998, S.120ff; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Mai 1998, S.33

Die geringe Dynamik des Binnenmarkts und die Zuspitzung der sozialen Konflikte in der Bundesrepublik sowie die ungelösten politischen, ökologischen, sozialen und finanziellen Probleme in der EU und im internationalen Maßstab bestimmen in hohem Grade die Rahmenbedingungen der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung.

### *Besonderheiten ostdeutscher Transformationsprozesse*

Der Übergang von einer zentralistischen, staatssozialistischen Planwirtschaft in eine kapitalistische Marktwirtschaft ist ein historisches Novum. Die Transformation Ostdeutschlands unterscheidet sich jedoch wesentlich von der anderer staatssozialistischer Länder dadurch, daß sie mit der staatlichen Vereinigung zusammenfiel, die politisch als Anschluß der DDR an die Bundesrepublik erfolgte. Die ostdeutsche Entwicklung nach 1989 wird maßgeblich durch das Zusammentreffen und die gegenseitige Verflechtung der sozial-ökonomischen Transformationsprozesse mit den Vereinigungsprozessen sowie deren gegenseitige Verflechtung bestimmt.

Hieraus ergeben sich viele Besonderheiten, u.a. das Überstülpen der Wirtschafts-, Eigentums- und Rechtsordnung, die rigorose Liquidierung all dessen, was noch Spuren eines sozialistischen Versuchs aufwies, und die rücksichtslose Mißachtung aller bewahrenswerten Erfahrungen und Ansätze für die Lösung sozialer Probleme sowie für die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Dominanz westdeutscher Interessen bei wichtigen Ostdeutschland betreffenden Entscheidungen, insbesondere bei der Privatisierung des Volkseigentums durch die Treuhandanstalt, die fast vollständige Ablösung der Eliten in allen Bereichen der Gesellschaft, in Politik und staatlicher Administration, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

Natürlich ergeben sich aus der Vereinigung im Vergleich zu den anderen staatssozialistischen Ländern auch positive ökonomische und soziale Impulse, wie sie in den umfangreichen sozialen Transferzahlungen sowie in der Wirtschafts- und speziell Investitionsförderung zum Ausdruck kommen. Nach offiziellen Angaben wurden im Rahmen des West-Ost-Transfers (Bruttotransfer) in den Jahren von 1991-97 insgesamt rund 520 Mrd. DM für soziale und Arbeitsmarktaufgaben und 330 Mrd. DM für die Wirtschaft und die Infrastruktur eingesetzt.<sup>5</sup>

### *Ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung - verspielte Chancen*

Mit der Vereinigung bestand die historische Chance bestanden, eine neue Qualität sozialer Entwicklung und Emanzipation zu erreichen. Acht Jahre nach der Vereinigung sind derartige Hoffnungen geplatzt. Die Transformation erfolgte im wesentlichen als Negation der vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR, ohne deren Fortschrittspotentiale zur Lösung der Probleme zu erhalten und zu nutzen. Mit dem Anschluß der DDR wurde ein größeres Territorium in dem rund 17 Millionen Menschen leben, mit einer längeren eigenständigen Entwicklung vollständig in die bestehenden Eigentums- und Kapitalstrukturen sowie rechtlichen und institutionellen Verhältnisse der alten Bundesrepublik eingegliedert. Diese Art des Anschlusses führte in Verbindung mit einer fast blinden Marktgläubigkeit und dogmatischen Privatisierungsstrategie zur Zerstörung bedeutender wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Potentiale, zum Brachlegen und zur Entwertung von kreativen Fähigkeiten, fachlichen Kenntnissen und Erfahrungen von Millionen Menschen. Öffentliches

---

<sup>5</sup> Berechnet nach: Wirtschaftsdaten der neuen Länder, Januar 1998, Bundesministerium für Wirtschaft, S.30

Eigentum durfte nicht zugelassen werden, Überlegungen zur Reformierung der Wirtschaft wurden unterdrückt, ein öffentlicher Diskurs über die geeigneten Wege zur Lösung der komplizierten Probleme, der einen Lernprozeß hätte fördern können, wurden verhindert.

Es ist in diesem Zusammenhang interessant, wie die Bundesregierung selbst ihre Politik beurteilt: "Die ungeheuren Herausforderungen, die ... offenbar wurden, ließen keine Zeit, große Pläne zu schmieden, Bestandserhebungen in Gang zu setzen und umfangreiche Analysen auf den Weg zu bringen."<sup>6</sup> Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung wurde nicht von ökonomischem Sachverstand geprägt, sondern von politischen Absichten, vor allem davon, so schnell und radikal wie möglich die DDR-Vergangenheit zu überwinden und aus dem Bewußtsein der Menschen zu eliminieren.

In Deutschland wurde nach 1918 und 1945 eine dritte große Chance in diesem Jahrhundert vertan, einen neuen Entwicklungspfad in Richtung Emanzipation, soziale Gerechtigkeit, Vernunft im Umgang mit der Natur und Demokratisierung zu beschreiten.

Nach der Vereinigung wurde eine weitgehende Angleichung der rechtlichen und institutionellen Verhältnisse/Strukturen Ostdeutschlands an die der alten Bundesländer vollzogen. Damit ist jedoch die reale wirtschaftliche, soziale und mentale Integration bei weitem noch nicht erreicht. Die Konflikte und Spannungen zwischen den Menschen in Ost und West sind infolge der Art und Weise des Anschlusses und der danach verfolgten Politik in den letzten Jahren insgesamt sogar größer geworden. Die Hoffnung der ersten Zeit nach der Wende ist bei großen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung der Unsicherheit und Furcht vor der Zukunft gewichen. Hoffnungslosigkeit wieder einen vollwertigen Arbeitsplatz zu erhalten bei den Erwerbslosen und Angst um den Arbeitsplatz bei den im Erwerbsleben Stehenden bestimmen zunehmend das Lebensgefühl von vielen Millionen Menschen in Ostdeutschland.

In den neuen Bundesländern vollzog sich in den ersten Jahren nach der Vereinigung ein historisch einmaliger Vorgang der Liquidierung wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Potentiale sowie der Beseitigung von Arbeitsplätzen: Halbierung des Bruttoinlandsprodukts, Rückgang der Industrieproduktion auf ein Drittel, wobei es kaum noch industrielle Großbetriebe gibt (von 840 Betrieben mit über 1.000 Beschäftigten 1989 gab es im September 1992 nur noch 117, danach ist ihre Anzahl weiter geschrumpft), und des Forschungspotentials auf weniger als ein Fünftel, Beseitigung von fast 4 Millionen Arbeitsplätzen. Von 1989 bis 1997 sank die Beschäftigung insgesamt um ein Drittel, in einigen Regionen sogar um fast 50%. 1989 gab es in der DDR 9.747 Tsd. Erwerbstätige. Vier Jahre später waren in den neuen Bundesländern nur noch 6.197 Tsd. Menschen erwerbstätig. Im verarbeitenden Gewerbe ging in diesem Zeitraum die Anzahl der Erwerbstätigen auf ein Drittel zurück, von 3.409 Tausend auf 1.135 Tausend. Im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei schmolz die Anzahl der Erwerbstätigen sogar auf wenig mehr als ein Fünftel, von 976 Tausend auf 231 Tausend.<sup>7</sup> Der Arbeitskräftebesatz je 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche war 1996 in den neuen Bundesländern mit 2,3 nur halb so groß wie in den alten (4,6). Heute besteht in Ostdeutschland ein reales Defizit von über 3 Millionen Arbeitsplätzen. Die Arbeitslosenquote auf Basis der registrierten Erwerbslosen liegt Anfang 1998 bei 20%, einschließlich der verdeckten Arbeitslosen bei fast 30%.

---

<sup>6</sup> Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1995, S.12

<sup>7</sup> Vgl. Sozialreport 1997, Hrsg. Gunnar Winkler, Berlin 1997, S.335/6

Das Wachstum des BIP betrug nach Angaben des Statistischen Bundesamtes jeweils gegenüber dem Vorjahr

1992	- 7,8%
1993	- 9,3%
1994	- 9,6%
1995	- 5,6%
1996	- 1,9%
1997	- 1,6%

Demgegenüber betragen die Produktionsrückgänge in den ersten beiden Jahren nach der Vereinigung

1990	- 18,5%
1991	- 31,7%

Demnach wurden 1997 noch nicht einmal 90% der gesamtwirtschaftlichen Leistung und weniger als die Hälfte des Produktionsausstoßes der Industrie des letzten DDR-Jahres 1989 erreicht. Wenn auch das Volumen des BIP der Jahre 1989 und 1997 durch Veränderungen in seiner Struktur - der Anteil der Industrie ist auf etwa die Hälfte geschrumpft, während die Anteile der Bauproduktion und der Dienstleistungen beträchtlich gestiegen sind, die Branchen- und Erzeugnisstruktur der Industrie hat sich wesentlich gewandelt - und in der Qualität der Erzeugnisse und Dienstleistungen nicht voll vergleichbar ist, so wird doch die nachhaltige Wirkung des Produktionsabsturzes in den ersten Jahren deutlich. Es ist gewiß weder ein Zufall noch auf die Schwierigkeit des Vergleichs zwischen dem Jahr 1989 und den Jahren danach zurückzuführen, wenn das letzte DDR-Jahr in offiziellen Materialien nie zum Vergleich herangezogen wird, sondern fast immer 1991 als Basisjahr genutzt wird. Das vermittelte Bild ist natürlich nicht nur recht unterschiedlich, sondern absolut entgegengesetzt, je nachdem ob festgestellt wird, daß auch nach acht Jahren der Produktionsumfang aus der DDR-Zeit noch nicht wieder erreicht worden ist, oder ob man ausweisen kann, daß in sechs Jahren, von 1991 bis 1997 die gesamtwirtschaftliche Leistung auf 140% gestiegen ist.

Ähnlich verhält es sich auch mit den Produktivitätsvergleichen. Im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1998 wird ausgewiesen, daß die gesamtwirtschaftliche Produktivität (BIP je Erwerbstätigen) in den neuen Bundesländern im Verhältnis zu den alten Bundesländern von 30% 1991 auf 60% 1997 angestiegen ist. Diese Ergebnis wird stark relativiert, wenn berücksichtigt wird, daß das Produktivitätsniveau 1991 beträchtlich unter dem in der DDR schon erreichten Niveau lag. Ein Vergleich zwischen der DDR und der BRD ist recht problematisch. Die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen für die Zeit Ende der 80er Jahre schwanken zwischen 30% und 70% des westdeutschen Niveaus. Eine kritische Wertung dieser Untersuchungen läßt die Aussage zu, daß das relative Produktivitätsniveau der DDR etwa 50% betrug, jedenfalls nicht unter 40% lag.<sup>8</sup>

Aufschlußreich ist auch ein Vergleich mit anderen mittel- und osteuropäischen Staaten, die sich ebenfalls seit Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre in einer Umbruchphase mit krisenhaften Erschütterungen der Wirtschaft befanden. Gegenüber Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Slowakei war der ostdeutsche Produktionsrückgang, speziell der Absturz der Industrie, in den Jahren nach 1990 am größten. Die 1997 im Vergleich zu 1989 erreichte Wirtschaftsleistung ist in all diesen Ländern relativ höher als in Ostdeutschland. Sie betrug

---

<sup>8</sup> Vgl. Hierzu Siegfried Wenzel, Plan und Wirklichkeit, Scripta Mercaturae Verlag, 1998, S. 162ff

über 90%, in Polen etwa 110%. Die Zuwachsraten der Produktion lagen 1997 in diesen Ländern über der der neuen Bundesländer. Ostdeutschland weist auch die höchste Arbeitslosenquote auf.

Die kritische Wertung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung soll nicht in Frage stellen, daß es beträchtliche Fortschritte in der Qualität und im technologischen Niveau vieler Erzeugnisse und Leistungen sowie im Maschinen- und Ausrüstungspark der noch produzierenden Betriebe, im Umfang und in der Leistungsfähigkeit der technischen Infrastruktur (Telekom, Straßen- und Eisenbahnnetz, Wasserversorgung und Abwassersysteme u.a.), in der Erneuerung und Modernisierung der Bausubstanz, insbesondere der Wohnungen, und auf anderen Gebieten gibt. Die Einkommen der weitaus meisten Haushalte haben sich bedeutend erhöht, die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen hat sich grundlegend verbessert.

### *Anlageinvestitionen in Ostdeutschland*

Die neuen Bundesländer haben 1994 die alten Bundesländer in den Anlageinvestitionen je Einwohner übertroffen. Seitdem wird in den neuen Bundesländern je Kopf der Einwohner und der Erwerbstätigen mehr investiert. Im Verhältnis zu den alten Bundesländern lagen die pro-Kopf Investitionen Ostdeutschlands 1996 bei 152% bzw. 158%. Die Anlageinvestitionen sind von 91 Mrd. DM 1991 auf über 196 Mrd. 1995 gestiegen. 1996/97 sind sie zurückgegangen und betragen 1997 190 Mrd. DM. Der relativ starke Zuwachs der Investitionen wurde durch vielfältige Maßnahmen der Investitionsförderung erreicht, die allerdings zu einem großen Teil direkt und indirekt westdeutschen Unternehmen und Konzernen über Investitionssubventionen (Opel, VW, Siemens u.a.) und zusätzliche Aufträge zugute kamen.

Nach Untersuchungen des DIW wurden in Ostdeutschland in den Jahren 1991-93 von den Gesamtinvestitionen der Unternehmen rund 50% von westdeutschen und ausländischen Unternehmen und fast 25% mit öffentlichen Mitteln im Verkehr und bei der Post/Telekom durchgeführt.<sup>9</sup> Auch in den Folgejahren wurden die Investitionen hauptsächlich durch westdeutsche und ausländische Unternehmen und öffentliche Finanztransfers realisiert, wobei sich in der Tendenz der Anteil der aus eigenen Quellen ostdeutscher Unternehmen finanzierten Investitionen etwas erhöht hat.

Bei der Beurteilung der Investitionsentwicklung in Ostdeutschland müssen einige problematische Aspekte beachtet werden. Neben der starken Abhängigkeit der Investitionsentscheidungen von der ökonomischen Situation und den Interessen der nicht in Ostdeutschland liegenden Mutterunternehmen sowie von der westdeutschen und internationalen Konjunktur, wirken sich die überdurchschnittlich hohen Bau- und entsprechend niedrigen Ausrüstungsanteile sowie der im Vergleich zu den alten Bundesländern relativ geringere Anteil der Investitionen in den innovativen Branchen des verarbeitenden Gewerbe hemmend auf die Erhöhung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in den neuen Bundesländern aus. Die Bauanteile der Anlageinvestitionen lagen im Durchschnitt des Zeitraums vom 2. Halbjahr 1990 bis 1996 in Ostdeutschland mit 67% um ca. 10 Prozentpunkte höher als in den alten Bundesländern. Der Anteil der Investitionen des verarbeitenden Gewerbes an den Investitionen aller Wirtschaftsbereiche betrug im Durchschnitt der letzten Jahre 13% mit einer fallenden Tendenz. In den alten Bundesländern lag dieser Anteil Anfang der 90er Jahre bei 19%.

---

<sup>9</sup> DIW Wochenbericht 3/1995, S.77

Dem verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands gegenüber verhielt sich das westliche Kapital in der Tat wie ein "scheues Reh". "Ausschlaggebend dürfte hierfür gewesen sein, daß Kapazitätserweiterungen an den westdeutschen Standorten im allgemeinen einfacher, billiger und besser kalkulierbar sind. Neue Zweigwerke verursachen besonders in einer neuen Umgebung in der Anfangsphase zumeist höhere Kosten, überdies herrscht erhebliche Ungewißheit darüber, wie sich der ostdeutsche Markt in der langen Frist entwickeln wird. Insofern ist es meist rationeller, die Nutzung der im Westen bestehenden Anlagen zu intensivieren bzw. den Output auf der Grundlage wenig umfangreicher Investitionen zu erhöhen."<sup>10</sup>

Das für Marktwirtschaften typische Überangebot, die anhaltenden Überkapazitäten, d.h. nicht ausgelasteten Produktionskapazitäten in den westdeutschen Unternehmen, die als Käufer für ostdeutsche Betriebe bzw. als Investoren in Frage kamen und für die ostdeutsche Betriebe eine unerwünschte Konkurrenz bedeuteten, ist der Hauptgrund für das insgesamt, ungeachtet einiger Ausnahmen, zögerliche Einfließen westdeutschen Kapitals in die verarbeitende Industrie Ostdeutschlands. Anders war die Situation in der standortgebundenen gewerbliche Wirtschaft, namentlich der Energieerzeugung. Hier war das westliche Kapital schnell präsent: Im August 1990 wurde, für die Öffentlichkeit und vor allem für die Kommunen überraschend, ein Vertrag mit der Treuhandanstalt unterzeichnet, der drei westdeutschen Energieunternehmen - Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke AG Essen, PreussenElektra AG Hannover, Bayernwerk AG München - die Mehrheit der Kapitalanteile am zentralen Energieverbundnetz der noch existierenden DDR übertrug.

Das bestimmende Interesse des westdeutschen Kapitals an der Erweiterung seines Absatzmarkts wird auch daran deutlich, daß die ostdeutschen Handelseinrichtungen sehr rasch und fast vollständig in das Eigentum westdeutscher Handelsketten übergingen und über Nacht auch ostdeutsche Waren aus deren Angebot weitgehend verschwanden. Hierfür wurden wesentliche Voraussetzungen noch vor der staatlichen Vereinigung durch die Währungsunion und die Einführung der DM am 1. Juli 1990 geschaffen. Das gesamte Geld- und Kreditwesen sowie die Versicherung der DDR wurde von den westdeutschen Banken und Versicherungskonzernen übernommen. Ein dichtes Netz von Filialen wurde in einem rasanten Tempo und mit beträchtlichen Mitteln aufgebaut und erweitert. Der Immobilienboom versteht sich für marktwirtschaftliche Verhältnisse von allein.<sup>11</sup>

Ein spezifisches Merkmal der Wirtschaft der neuen Bundesländer besteht darin, daß sich eine recht eigentümliche Art von Unternehmensstrukturen herausgebildet hat. Die ostdeutsche Wirtschaft befindet sich zu einem großen Teil in der Hand des westdeutschen Kapitals und muß als eine in wesentlichen Zügen von westdeutschen Konzernen und von Transferzahlungen abhängige Dependenzökonomie charakterisiert werden. Die Produktion ist größtenteils wenig forschungsintensiv und in nur wenigen Fällen Grundlage für die Herausbildung vernetzter regionaler Strukturen. Der hohe Anteil der Produktion als verlängerte Werkbänke westdeutscher Unternehmen führt auch zur Verringerung des Steueraufkommens der neuen Bundesländer und der ostdeutschen Kommunen. Der Anteil der neuen Bundesländer am Gewerbesteueraufkommen Deutschlands ist weit geringer als ihr Anteil an der Produktion. Bei einem Anteil der neuen Bundesländer an der inländischen

<sup>10</sup> Hoffmann Lutz, Warten auf den Aufschwung, tv Verlag, Regensburg 1993, S.47

<sup>11</sup> Vgl.hierzu: Harry Nick/Klaus Steinitz, Bilanz der Übernahme der DDR-Wirtschaft durch die Bundesrepublik Deutschland und Ausblick, in Hanna Behrend (Hrsg.), Die Abwicklung der DDR, Wende und deutsche Vereinigung von innen gesehen, Neuer ISP Verlag, Köln 1996, S.128f

Verwendung von Waren und Leistungen 1994 (letztes Jahr in dem die gesonderte Erfassung der jeweiligen Kennziffern für die neuen Bundesländer erfolgte) von 17%, betrug ihr Anteil an den Einnahmen aus indirekten Steuern nur 4%.<sup>12</sup>

### *Wissenschaft und Forschung in Ostdeutschland*

Im Vergleich zur Investitionsförderung ist die Förderung von Forschung und Entwicklung bisher unbefriedigend.<sup>13</sup> Dies ist um so problematischer, da die vorhandene Forschungslandschaft der DDR fast völlig verschwunden ist. Im Jahre 1989 bestanden in Ost- und Westdeutschland nahezu die gleichen quantitativen Relationen hinsichtlich der Anteile der in Forschung und Entwicklung Tätigen an der Bevölkerung. Dies hat sich in nur wenigen Jahren radikal verändert. In der Industrieforschung ging die Anzahl der Beschäftigten Personen auf 15%, von 75 Tsd. (1989) auf 12. Tsd. (1994) zurück. Die Gesamtaufwendungen für Forschung und Entwicklung im Wirtschaftssektor betragen 1992 pro Kopf der Bevölkerung in den neuen Bundesländern nur ein Zehntel der vergleichbaren Aufwendungen in den alten Bundesländern, 85 DM im Vergleich zu 840 DM. Daran hat sich bis heute kaum etwas geändert. Der dramatische Rückgang wird auch bei den Inlandsanmeldungen von Erfindungen zu Patenten deutlich: 1989 kamen ca. 12.000 Anmeldungen aus der DDR, 1993 nur noch 2.110 Patente (4,5%) aus den neuen Bundesländern.

Auch bei der universitären und außeruniversitären Forschung sind nach 1989 die Potentiale erheblich zurückgegangen, wenn auch nicht so stark wie bei der wirtschaftsnahen Forschung: bei der universitären Forschung von 14 Tsd. (1989) auf ca. 10 Tsd. Personen (1994) und bei der außeruniversitären Forschung von 32 Tsd. auf ca. 12 Tsd. Personen.

Darüber hinaus gab es einen spürbaren Substanzverlust durch Weggang qualifizierter Forscher in die alten Bundesländer, ins Ausland oder durch Entlassungen (wie z.B. durch den sogenannten Meyer-Erlaß in Sachsen). Die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Hochschulen für innovative Prozesse der Wirtschaft hat sich wesentlich verschlechtert. Hierzu trug auch der weitgehende Zusammenbruch der Forschungsk Kooperationen bzw. -verbände bei. Soweit sich an den Hochschulen neue Forschungsk Kooperationen entwickelt haben, beziehen sie sich kaum auf die Industrie der jeweiligen Region.

Die Abwicklung der Forschungskapazitäten der Akademie der Wissenschaften (AdW) und die Auflösung der Großforschungszentren hat zu tiefen Einschnitten bei der außeruniversitären Forschung geführt. Bis zum 1. Januar 1994 wurden 100 neue außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gegründet, die aber gegenüber der Akademie der Wissenschaften eine wesentlich geringere Forschungskapazität aufweisen. Zu diesen neuen Forschungseinrichtungen gehören u.a. drei Großforschungseinrichtungen, 24 Einrichtungen der "Blauen Liste", neun Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft sowie zwei Institute der Max-Planck-Gesellschaft und entsprechende Außenstellen. Die Kapazitäten dieser Einrichtungen beziehen sich vorwiegend auf die Grundlagenforschung. Die Bezüge zu industrienahen Forschungsaufgaben sind schwach. Die vom Wissenschaftsrat empfohlene Erhöhung des Anteils von Großforschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern wurde vom Bundesministerium für Forschung und Technologie nicht berücksichtigt.

<sup>12</sup> Vgl. Rolf Mager, Manfred Voigt, Transferleistungen im geeinten Deutschland - Nur eine Einbahnstraße von West nach Ost?, PDS im Bundestag, Blickpunkt: Wirtschaft und Umwelt, Rundbrief, Nr. 9, 1997, S.13f

<sup>13</sup> Vgl. zu dieser Problematik: Ronald Heller, Die Modernisierung bleibt auf der Strecke, in: Vereinigungsbilanz. Fünf Jahre deutsche Einheit. (Hrsg. Klaus Steinitz), VSA Verlag, Hamburg 1995

### *Die Lage der ostdeutschen Wirtschaft im achten Jahr der Vereinigung - ein Fazit*

Alle Versprechungen und Zeitpläne der Bundesregierung - blühende Landschaften, Aufholprozeß und Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse innerhalb von 3-4 Jahren, Finanzierung der ostdeutschen Transformation ohne größere finanzielle Belastungen der Bevölkerung in den alten Bundesländern - wurden nicht erfüllt. Im Gegenteil: *in Ostdeutschland vollzog sich der tiefste Einbruch der bisherigen Wirtschaftsgeschichte Deutschlands.*

Ostdeutschland ist heute, und dies wird sich auch bei einer anderen Wirtschaftspolitik kurz- und mittelfristig kaum ändern, eine Wirtschaftsregion, die im Vergleich zu Westdeutschland ein deutlich niedrigeres Produktions-, Produktivitäts- und Einkommensniveau sowie Steueraufkommen, etwa die doppelte Quote der Erwerbslosigkeit sowie eine weiter stark zunehmende pro-Kopf Verschuldung der Länder und Kommunen aufweist.

Die wirtschaftliche Situation in den neuen Bundesländern wird durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- \* Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Strukturen und Verflechtungen haben sich weitgehend nicht organisch aus der vorhandenen Substanz, den Innovations- und Qualifikationspotentialen sowie den bis 1989 bestehenden Absatz- und Lieferbeziehungen entwickelt. Sie knüpfen unzureichend an gegebene Stärken und Traditionen der ostdeutschen Wirtschaft an und tragen auch zu wenig dazu bei, ihre Schwächen zu überwinden. Das ostdeutsche Wirtschaftsgebiet wurde schockartig an das Wirtschaftsgebiet der alten Bundesländer und der EU angegliedert, in dortige Kapitalreproduktions- und Eigentumsstrukturen weitgehend integriert. Damit war ein Ausmaß der Entwertung bzw. Vernichtung des Kapitalstocks und von Arbeitsplätzen verbunden, das weit höher lag als in den ost- und mitteleuropäischen ehemals staatssozialistischen Ländern. Ostdeutschland ist heute eine große strukturschwache und weitgehend deindustrialisierte Region der Bundesrepublik und der EU.
- \* Die vorhandene Wirtschafts- und vor allem Industriestruktur ist zu wenig zukunftsorientiert und bildet keine ausreichende Basis für eine sich selbst tragende, nachhaltige, umweltorientierte Wirtschaftsentwicklung. Infolge der Deindustrialisierung bleibt der Anteil der Industrie weit hinter den Anteilen in anderen Industrieländern zurück, vor allem innovationsintensive und auch auf Auslandsmärkte ausgerichtete Branchen sind unterentwickelt: nur knapp 25 % der Bruttowertschöpfung des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes entfallen auf die Branchen Chemie, Maschinenbau, Elektrotechnik und Fahrzeugbau, gegenüber 50 % in Westdeutschland. Die Industriearbeitsplatzdichte (industrielle Arbeitsplätze im Verhältnis zur Bevölkerung) ist in den neuen Bundesländern weniger als halb so groß wie in den alten. Industrielle Großbetriebe sind völlig unterrepräsentiert. Der Mittelstand hat kein auftragsstimulierendes Hinterland in größeren Unternehmen.

Die tiefen Disproportionen der ostdeutschen Wirtschaft werden deutlich, wenn ihre Anteile an wichtigen Indikatoren der gesamten Bundesrepublik betrachtet werden. (Vgl. Tabelle 1)

Tabelle 1  
Anteile der neuen Bundesländer an Deutschland insgesamt (Anteile in v.H.)

	<u>1996</u>
Bevölkerung	19
Erwerbstätige (1997)	18
Arbeitslose – registrierte - (1997)	31
Arbeitslose – registrierte und verdeckte - (1997)	36
BIP, in effektiven Preisen	11
Industrie (Umsatz)	6
Maschinenbau (Umsatz)	5
Elektrotechnik (Umsatz)	5
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	31
Rinder	18
Schweine	13
Export	3
FuE-Aufwand Wirtschaft	5
FuE-Aufwand verarb. Gewerbe	3

Quelle: Jahresgutachten 1997/98, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Wirtschaftsdaten Neue Länder, BMWi; Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1997; eigene Berechnungen;

\* Die Angliederung der ostdeutschen Wirtschaft war vor allem ein Prozeß der Neuverteilung des Vermögens und der Märkte sowie der Abwicklung der ehemals volkseigenen Betriebe im Interesse der westdeutschen Konzerne. Die Treuhand hat rund 85% des von ihr verwalteten produktiven, ehemals volkseigenen Vermögens der DDR in den Besitz westdeutscher Unternehmen überführt. Durch das Zusammenspiel der Kommandozentralen der westdeutschen Wirtschaft und des Staates wurde als erstes das Bankensystem als Schaltstelle und Regulierungsinstrumentarium finanzkapitalistischer Macht installiert. Die westdeutschen Großbanken und Handelsketten okkupierten den ostdeutschen Markt.

Nach einer vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle durchgeführten Untersuchung zu Eigentums- und Vermögensstrukturen in Ostdeutschland, in die der gesamte Unternehmenssektor, nicht nur die von der Treuhandanstalt privatisierten Betriebe, einbezogen wurde, ergibt sich folgendes Bild über die Anteile westdeutscher und ausländischer Eigentümer an den Unternehmen im produzierenden Gewerbe in Ostdeutschland - Anteile in Prozent, in ( ) jeweils westdeutsche Anteile:<sup>14</sup>

Anteil an Betrieben	13	(12)
Anteil an Beschäftigten	37	(31)
Anteil am Geschäftsvolumen/Umsatz	52	(41)
Anteil am Stammkapital	50-58	(44-51)

\* Die Wirtschaft der neuen Länder hat den Charakter einer Filialökonomie angenommen. Die Mehrzahl der Industriefirmen fungiert als verlängerte Werkbank mit relativ geringer

<sup>14</sup> Vgl. Ruth Grunert, Brigitte Loose, Udo Ludwig, Eigentums- und Vermögensstrukturen in Ostdeutschland - eine Bestandsaufnahme -, Wirtschaft im Wandel, IWH 1/1998, S.13. Die Differenz zu 100 umfaßt die ostdeutschen Eigentümer und die öffentliche Hand.

Wertschöpfung. Über die Entwicklung der ostdeutschen Dependenzunternehmen wird in den westdeutschen Unternehmenszentralen entschieden. Es besteht die reale Gefahr, daß große Teile des ostdeutschen Produktionspotentials als „Manövriermasse“ im Konjunkturzyklus behandelt werden. Die eigenständigen Interessen Ostdeutschlands lassen sich in den westdeutschen Konzern- und Unternehmenszentralen kaum noch artikulieren und werden bei den Entscheidungen weitgehend mißachtet. War die wirtschaftliche Entwicklung der DDR vorwiegend auf die Bedürfnisse des RGW Markts, vor allem des Markts der Sowjetunion, ausgerichtet bei zugleich vorhandenen Autarkiezügen, so ist sie jetzt weitgehend den Verwertungsinteressen des westdeutschen Kapitals untergeordnet.

- \* Die Zahl der Erwerbsarbeitsplätze ist auch im achten Jahr der deutschen Einheit rückläufig. Alarmierend ist der ansteigende Trend der Langzeitarbeitslosigkeit und die hohe Arbeitslosenquote der Frauen. 1966 waren 60% aller Erwerbslosen Frauen. Der Anteil der Frauen die länger als zwei Jahre arbeitslos sind, betrug mit 15% etwa das dreifache des entsprechenden Anteils der Männer mit 5,4%.<sup>15</sup> Die Berufsbildungsmisere spitzt sich weiter zu. Ein zunehmender Teil der Jugendlichen hat keine Chance auf eine Lehrstelle und nach Abschluß der Lehre auf einen Arbeitsplatz. Die ostdeutsche Bevölkerung nimmt vor allem infolge des drastischen Rückgangs der Geburten ab. Die Abwanderung insbesondere mobiler, jüngerer und kreativer Menschen setzt sich fort, wodurch eine Verschärfung wirtschaftlicher und sozialer Probleme auch perspektivisch programmiert ist.
- \* Die ostdeutsche Wirtschaft bleibt langfristig von öffentlichen Finanztransfers abhängig. Ein großer Teil dieser Mittel, insbesondere der in den neuen Bundesländern eingesetzten Fördermittel und Subventionen, fließt infolge der entstandenen Unternehmensstrukturen, der Art und Weise der Wirtschaftsförderung und der Auftragsvergabe sowie der westdeutschen Lieferüberschüssen an Gütern und Dienstleistungen nach Westdeutschland zurück. Sie sind dort eine bedeutende Quelle höherer Profite von Banken, Versicherungen, Handelsketten, Bau- und Industrieunternehmen: Profitschub durch die neuen Absatzmärkte, Milliardengewinne durch Subventionen und Steuererleichterungen für westdeutsche Unternehmen, die in Ostdeutschland investieren, Übernahme lukrativer Großaufträge bei der staatlich finanzierten Modernisierung und Erweiterung der Infrastruktur.

Die finanzielle Situation der ostdeutschen Länder und vor allem der Kommunen hat sich weiter verschlechtert. Ende 1997 lagen die Schulden der ostdeutschen Länder bei 90 Mrd. DM und der ostdeutschen Kommunen bei 41 Mrd. DM. In fünf Jahren, von 1992 bis 1997 sind die Schulden der Länder und Kommunen in Westdeutschland um 38% bzw. 16% gestiegen, in Ostdeutschland hingegen um 300% bzw. 187%. Damit haben die ostdeutschen Kommunen die westdeutschen in der pro-Kopf Verschuldung übertroffen. 1992 lag ihre pro-Kopf Verschuldung noch bei 50% der westdeutschen Kommunen.<sup>16</sup> Insgesamt ist der Schuldenstand je Einwohner in Ostdeutschland (Westdeutschland jeweils = 100) von 30,6 (1992) auf 83,3 (1996) bzw. von 2.265 DM auf 7.491 DM gestiegen.<sup>17</sup>

Die Steuereinnahmen je Einwohner (in DM) betragen (Westdeutschland = 100): 1991 13,4% und 1996 32,9%.<sup>18</sup>

- \* Die Vielzahl von Existenzgründungen, die meist ohne die erforderliche Kapitalausstattung erfolgten, hat nur zu einem geringen Teil wirtschaftlich leistungsfähige Einheiten entstehen lassen. Obgleich sich in den letzten Jahren die Kosten- und Rentabilitätssituation verbessert hat, erzielten 1996 noch über 40% der ostdeutschen Unternehmen keinen Gewinn. Die Zahlen der Insolvenzen und der Gewerbeabmeldungen nehmen weiter zu. Ein hoher Anteil

<sup>15</sup> Vgl. Siegfried Frister, Holger Liljeberg, Gunnar Winkler, Arbeitslosenreport 1997, Berlin 1997, S.172, 175

<sup>16</sup> Berechnet auf der Grundlage von Angaben der Deutschen Bundesbank, Monatsbericht, Mai 1998, S.56/57\*

<sup>17</sup> Rüdiger Pohl, Joachim Ragnitz, Ostdeutsche Wirtschaft: Kein Grund zur Resignation, Wirtschaft im Wandel, IWH, 7/1998, S.7

<sup>18</sup> Ebenda, S.7

der nach 1990 geschaffenen Arbeitsplätze ist gefährdet. Eine Lohndrosselung vorzunehmen, wie von den Unternehmerverbänden und dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgeschlagen wird, löst die Probleme nicht. Ostdeutsche Unternehmen sind im Vergleich zu den westdeutschen mit höheren Kosten für Energie, Wasser, Abwasser und Fremdkapitalzinsen belastet. Hier liegen Ansätze für mögliche Kostenentlastungen. Probleme erwachsen auch aus hohen Gewerberaummieten besonders im innerstädtischen Bereich. Hemmnisse für eine dynamische Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft ergeben sich insbesondere auch daraus, daß die Innovationskraft der ostdeutschen Unternehmen geschwächt wurde, daß die Aufträge der öffentlichen Hand neuerdings zurückgehen und der geringe Einkommenszuwachs der abhängig Beschäftigten 1996/97/98 die Absatzbedingungen ostdeutscher Konsumgüter und Dienstleistungen verschlechtert.

- \* Ungeachtet umfangreicher Transferleistungen, einer gegenüber den alten Bundesländern höheren Intensität der Wirtschaftsförderung sowie beträchtlicher Unternehmens- und Infrastrukturinvestitionen - also insgesamt günstiger „Angebotsfaktoren“ - ist eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung, eine die wirtschaftliche und soziale Reproduktion fördernde Wirtschaftsstruktur nicht erreicht. Die eigenständige Reproduktionsfähigkeit der neuen Bundesländer ist in weite Ferne gerückt.

## 2. Etappen der bisherigen Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern

In der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands seit der Währungsunion zeichnen sich deutlich drei Etappen ab.

Die *erste Phase* (1990-1991/92) kann als Abbruch oder Absturz Ost charakterisiert werden. In dieser Zeit wurden große Teile des Wirtschafts- und Innovationspotentials in Ostdeutschland zerstört, durch die Deindustrialisierung entstanden regelrechte Industriebrachen, in der Landwirtschaft wurden über 50% der Tierbestände vernichtet (Rinder 50%, Schweine 70%, Schafen 80%). In dieser Phase wurde ein Drittel der Arbeitsplätze beseitigt, regionale Verflechtungen und traditionelle Wirtschaftsbeziehungen zu den ost- und mitteleuropäischen früheren RGW-Ländern wurden zerschnitten. Große Teile der ostdeutschen Wirtschaft verwandelten sich in eine von den westdeutschen Konzernen und Stammunternehmen abhängigen Filialökonomie.

In der *zweiten Etappe* (1992-1995) hat sich durch einen zeitweiligen dynamischen Wachstumsprozeß der Abstand zu den alten Bundesländern in der Produktivität, in der Bruttoproduktion je Einwohner, in der Ausstattung mit moderner Infrastruktur sowie im Einkommens- und Verbrauchsniveau der Bevölkerung verringert. In dieser Etappe wurde ein beträchtlicher Teil der alten Produktionsanlagen erneuert bzw. neue Produktionskapazitäten errichtet. Grundlage dieser „Aufholetappe“, mit im Vergleich zu den alten Bundesländern 3-4 mal höheren jährlichen Zuwachsraten des BIP, waren vor allem umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur und zur Erneuerung der Produktionsanlagen, die insbesondere durch Maßnahmen der Wirtschafts- speziell der Investitionsförderung erreicht wurden. Eine wichtige Rolle spielten in dieser Etappe auch Investitionsverpflichtungen, die die Käufer bei der Privatisierung der von der Treuhandanstalt verwalteten ehemals volkseigenen Unternehmen übernehmen mußten - oft eine geringe Gegenleistung angesichts der niedrigen, manchmal nur symbolischen Kaufpreise und der Summen mit denen die Investitionen subventioniert wurden.

Hierdurch wurden *einige hemmende Faktoren zeitweilig, und ohne an den Grundproblemen der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung etwas zu verändern, überdeckt und in*

den Hintergrund gedrängt. Die Beschäftigtenentwicklung wurde jedoch auch in dieser Etappe von den Investitionen und dem Wirtschaftswachstum kaum positiv beeinflusst.

Die relativ hohe wirtschaftliche Dynamik dieser Etappe ist mit zwei Faktoren eng verflochten, einerseits mit dem vorangegangenen tiefen Absturz und andererseits mit dem hohen Anteil äußerer Quellen. Im letzteren widerspiegelt sich ein wesentliches Merkmal der gegenwärtigen ostdeutschen Wirtschaft als einer Ökonomie, die in hohem Grade vom Fließen äußerer Quellen und damit auch von äußeren konjunkturellen und anderen Einflüssen abhängig ist. Hierdurch werden Risiken und Unsicherheiten, z.B. über die Fortsetzung der Finanztransfers, speziell der Zahlungen entsprechend dem Länderfinanzausgleich, noch erhöht.

1996/97 begann die *dritte Etappe*, in der der „Aufholprozeß“ nicht nur unterbrochen, sondern dem Wesen nach abgebrochen wurde. Die geringe wirtschaftliche Dynamik seit 1996 konnte auch nicht durch zeitweilig hohe Zuwächse der Industrie überdeckt werden. Nach der Prognose der sechs wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute werden die Zuwachsraten des BIP in Ostdeutschland in drei aufeinander folgenden Jahren, von 1997 bis 1999, unter denen der alten Bundesländer liegen. Die Anzahl der Erwerbstätigen wird weiter zurückgehen, und 1998 erstmalig unter 6 Millionen (1989 9,7 Millionen) sinken und 1999 auf diesem niedrigen Niveau verharren.<sup>19</sup> In dieser dritten Phase haben einige der zeitweilig begünstigenden Faktoren ihre Wirksamkeit weitgehend verloren.

Einige Probleme sollen hier etwas näher betrachtet werden, die Strukturverschiebungen zwischen verarbeitendem Gewerbe und Baugewerbe, die Exportproblematik, die Höhe der staatlichen Fördermittel und die Lohnstückkosten.

Die relativ hohen Zuwächse des BIP wurden in den Jahren 1993 bis 1994 in hohem Grade vom *Baugewerbe* getragen. 1994 übertraf (zu effektiven Preisen) die Bruttowertschöpfung des ostdeutschen Baugewerbes die des gesamten verarbeitenden Gewerbes um 20 %. In den alten Bundesländern betragen hingegen die Relationen dieser beiden Bereiche bei der Bruttowertschöpfung 1:5.<sup>20</sup> Seit 1996 verliert im Osten das Baugewerbe seine Triebkraftfunktion; seine Leistung schrumpft absolut. Das verarbeitende Gewerbe muß nicht nur die Funktion des Wachstumsträgers übernehmen. Bevor überhaupt ein volkswirtschaftlicher Wachstumsimpuls entsteht muß der Zuwachs der Industrie einen Teil der voraussichtlich weiter absolut rückläufigen Bauproduktion substituieren. Erst jenseits dieser Substitution ergibt sich ein positiver Effekt für das BIP.

Die *Exportquote* im ostdeutschen Bergbau und verarbeitenden Gewerbe ist 1997 etwas angestiegen, auf 14% (erste 8 Monate 1997) gegenüber 12% 1996. In Westdeutschland lag sie mit 31% mehr als doppelt so hoch. Der Anteil der ostdeutschen Exporte am deutschen Gesamtexport erreicht aber auch 1997 nur knapp 3%. Hieraus folgt, daß die ostdeutsche Wirtschaftsdynamik weit stärker von der Entwicklung des Binnenmarkts, und damit von der geringen Zunahme oder Stagnation der realen Kaufkraft der Masseneinkommen und der desolaten Situation der öffentlichen Haushalte - Verringerung der Impulse aus öffentlichen Aufträgen - betroffen wird als die Wirtschaft der alten Bundesländer. Dieselbe Zuwachsrate des Exports wirkt sich relativ weit schwächer auf die Erweiterung der gesamten Absatzmöglichkeiten aus. So würde beispielsweise eine Erhöhung des Exports um jeweils 10% für

<sup>19</sup> Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1998, DIW 20-21/98, S.346

<sup>20</sup> Jahresgutachten 1997/98, SVR zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Tabelle 25\*

die westdeutsche Industrie einen Zunahme der gesamten Nachfrage um mehr als 3% hervorrufen, in der ostdeutschen jedoch nur um knapp 1,5%.

Die *staatlichen Fördermittel* erreichten ihren größten Umfang in den Jahren 1993/94. In den nachfolgenden Jahren spitzte sich die Problematik dadurch zu, daß die Reduzierung der Fördermittel [Investitionszulagen, Investitionszuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und des Europäischen Regionalfonds (EFRE), Kreditprogramme] mit dem Rückgang des Wachstums zusammenfiel. Hinzu kommt, daß auch die bei der Privatisierung von Treuhandunternehmen übernommenen Investitionsverpflichtungen zunehmend auslaufen. Auch die für eine aktive Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland vorgesehenen Mittel wurden 1996 und 1997 spürbar eingeschränkt. Dadurch ging die Entlastung des Arbeitsmarkts durch ABM und Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen von 586.000 Personen 1995 auf 422.000 Personen 1997 (um fast 30%) zurück. An dem negativen Trend wird sich auch dadurch nichts wesentlich ändern, daß die Regierungskoalition im Wahljahr 1998 diese Mittel zeitweilig erhöht hat.

Die im Vergleich zu Westdeutschland höheren *Lohnstückkosten* in Ostdeutschland werden seit langem einhellig von Bundesregierung, Arbeitgeberverbänden, Sachverständigenrat und den meisten Forschungsinstituten als entscheidender Grund für die negative Entwicklung des ostdeutschen Arbeitsmarkts angeführt. Im produzierenden Gewerbe und darunter im verarbeitenden Gewerbe sind jedoch seit 1991 die beträchtlichen Unterschiede in den Lohnstückkosten zwischen Ost und West weitgehend eliminiert worden. Die relativen Niveaus der Lohnstückkosten (alte Bundesländer = 100) gingen im Osten von 147% (1991) auf 104,5% (1997) im produzierendes Gewerbe bzw. von 191% auf 111,9% im verarbeitenden Gewerbe zurück.<sup>21</sup> Der Trend weist bei den in der letzten Zeit niedrigen Tarifabschlüssen in den neuen Bundesländern und den voraussichtlich weiterhin relativ hohen Zuwachsraten der Produktivität in der Industrie auf eine rasche Niveauangleichung der Lohnstückkosten in diesem Bereich hin. Zum Zeitpunkt der Kapazitätswirksamkeit jetzt geplanter Investitionen oder ein bis zwei Jahre danach, werden die Unterschiede in der durchschnittlichen Höhe der Lohnstückkosten in der Industrie zwischen Ost und West wahrscheinlich verschwunden sein oder sich gar umgekehrt haben. D.h. die Lohnstückkosten in Ostdeutschland dürften nicht mehr als Grund für den Rückgang der Investitionen oder die unzureichende Schaffung neuer Arbeitsplätze angeführt werden.

Die weitaus stärkere Abhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung vom regionalen Absatz bedeutet auch, daß die Höhe der Lohnstückkosten als Problem internationaler Wettbewerbsfähigkeit in den neuen Bundesländern eine geringere spielt Rolle als in den alten. Sie werden politisch instrumentalisiert, einerseits um die Aushöhlung des Tarifrechts in Ostdeutschland als Katalysator für weitere Deregulierung in Westdeutschland zu nutzen, und andererseits um ein größeres Niedriglohngebiet dauerhaft zu erhalten. Dadurch würde die soziale Spaltung zwischen Ost und West verfestigt.

---

<sup>21</sup> Wirtschaftsdaten neue Bundesländer, April 1998, Bundesministerium für Wirtschaft, S.10

### 3. Ursachen für den wirtschaftlichen Absturz Ostdeutschlands und das Scheitern von „Aufschwung Ost“

In der Umstellungsphase von einer zentralistisch geleiteten Wirtschaft zur Marktwirtschaft sind wirtschaftliche wie soziale Schwierigkeiten und Rückschläge nicht zu vermeiden. Schließlich handelt es sich hier um einen völligen Umbruch in den Eigentumsstrukturen, in der Regulierungsweise einer ganzen Volkswirtschaft sowie auch in der Art und Weise der Einbindung in die Weltwirtschaft. Für den Übergang zu völlig andersartigen wirtschaftlichen Lenkungsmechanismen fehlten entsprechendes Wissen und Erfahrungen. Die wirtschaftlichen Umbrüche sind mit nicht minder tiefgreifenden Veränderungen im politischen und geistig-kulturellen Bereich sowie in der Lebensweise und in der sozial-psychischen Verfaßtheit der Menschen verbunden.

Es bleibt aber die Frage, ob dieser historisch unvergleichliche gesellschaftliche Umbruch auch einen ebenso historisch unvergleichlichen wirtschaftlichen Einbruch bewirken mußte, ob eine so weitgehende faktische Deindustrialisierung und ein solcher Niedergang der landwirtschaftlichen Produktion nicht zu vermeiden waren.

Es ist nicht nur einseitig und vereinfacht, sondern direkt falsch, die „Erblast“ der DDR für alle heutigen Probleme Ostdeutschlands verantwortlich zu machen, wie dies die neoliberal-konservative Regierungskoalition tat. Es wird von offizieller Weise höchstens noch darauf hingewiesen, daß der hohe Zeitdruck bewirkt hat, daß nicht alle wirtschafts- und ordnungspolitischen Regelungen ausreichend und gründlich genug durchdacht und vorbereitet werden konnten, so daß hieraus einige Fehlentwicklungen entstanden, und daß die Größe der Probleme unterschätzt wurde, so daß der notwendige Zeitraum für den Angleichungsprozeß länger sein wird als ursprünglich angenommen wurde.

Im Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur....“, der Mitte 1998 vorgelegt und mit den Stimmen der Regierungskoalition verabschiedet wurde, heißt es: „Der Handlungsdruck des Jahres 1990 erlaubte nur pragmatische Lösungen; häufig blieb für ordnungspolitische Überlegungen wenig Zeit. ..Solche nicht erfüllbaren Desiderate an das politische Handeln stellen freilich als Ursachen der Fehlsteuerung lediglich Marginalien dar angesichts der Tatsache, daß die verheerende Schlußbilanz des früheren Systems auf vielen Feldern des Wirtschaftlichen, Sozialen und Ökologischen einen nur als dramatisch zu bezeichnenden Strukturumbau im Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge erzwang, als dessen Folge u.a. die heute zu beobachtenden Probleme begriffen werden müssen. Es nützt nichts - wie es gelegentlich geschieht - über diese Hauptursache mancherlei zu beklagende Defizite oder Fehlentwicklungen, die man zum gegenwärtigen Zeitpunkt feststellen kann, hinwegzusehen und die Schuld dafür auf die Akteure der Politik abwälzen zu wollen. Ein solcher Versuch muß den Beweis schuldig bleiben, daß die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in den neuen Ländern unter höchstem Zeitdruck grundsätzlich fehlerfrei hätte politisch konzipiert und gestaltet werden können.“<sup>22</sup>

Diese Sätze sind ein Muster demagogischer Argumentation. Der Leser wird vor die Alternative gestellt, entweder die Ergebnisse der zerstörerischen Politik zu akzeptieren, oder nachzuweisen, daß eine grundsätzlich fehlerfreie Entwicklung möglich gewesen wäre. Niemand hat jedoch ernsthaft behauptet, daß diese komplizierte Transformation hätte fehlerfrei und ohne Rückschläge verlaufen können. Darum geht es gar nicht. Das gewaltige

---

<sup>22</sup> .....

Ausmaß der Deindustrialisierung, der Vernichtung leistungsfähiger Potentiale, des Brachlegens produktiver Kräfte und schöpferischer Fähigkeiten sowie die Mißachtung der Interessen der ostdeutschen Bevölkerung waren jedoch nicht unvermeidlich, sondern vielmehr eine direkte Folge der Politik der neokonservativen Regierungskoalition. Dieser Politik lag die Absicht zugrunde, alles was an die DDR Vergangenheit, an eine Alternative zur kapitalistischen Wirtschaftsweise erinnerte, radikal zu beseitigen, und den ostdeutschen Markt durch das westdeutsche Kapital zu besetzen und zugleich die ostdeutschen Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa für die Gewinnung neuer Absatzmärkte zu nutzen sowie dabei störende Konkurrenten aus den neuen Bundesländern auszuschalten.

Wie brüchig dieses Erklärungsmuster ist, wird deutlich, wenn die Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands nach der Vereinigung mit der anderer ehemals staatssozialistischer Länder verglichen wird, oder wenn die Frage beantwortet werden soll, warum der „Aufholprozeß“ in den neuen Bundesländern seit 1996 abgebrochen ist.

Ein Vergleich mit anderen ost- und mitteleuropäischen Ländern offenbart folgenden Widerspruch: Die DDR wies, bei allen zweifellos vorhandenen Problemen und Rückständen, nach allgemein akzeptierten Einschätzungen im Verhältnis zu allen anderen RGW-Ländern die höchste Produktivität und ein relativ fortgeschrittenes technologisches und Qualitätsniveau der Erzeugnisse auf. Trotz dieser im Vergleich zu den anderen Ländern relativ günstigen Bedingungen wird die Entwicklung Ostdeutschlands nach 1990 dadurch gekennzeichnet, daß der Produktionseinbruch insgesamt und speziell der Industrie sowie der Exportrückgang in den Jahren nach 1990 weit größer war als in Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien, und daß auch die 1997 im Verhältnis zu 1989 erreichte gesamtwirtschaftliche Leistung sowie die Industrieproduktion relativ niedriger als in diesen Ländern lagen. Hinzu kommt, daß Ostdeutschland durch die Finanztransfers von West nach Ost und Maßnahmen der Investitionsförderung eine weit höhere Investitionsquote (Verhältnis der Bruttoinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt) hatte und auch personelle Unterstützung aus den alten Bundesländern beim Übergang zur Marktwirtschaft erhielt. In den neuen Bundesländern wurden im Zeitraum 2.Halbjahr 1990 bis 1997 insgesamt 1.172 Mrd. DM Anlageinvestitionen durchgeführt. In den letzten vier Jahren von 1994-1997 waren es im Jahresdurchschnitt rund 190 Mrd. DM. Es kann davon ausgegangen werden, daß hiervon mindestens zwei Drittel aus westdeutschen Quellen finanziert wurden (Unternehmen und öffentliche Hand), d.h. pro Jahr rund 130 Mrd. DM.<sup>23</sup> Die ausländischen Direktinvestitionen in die ost- und mitteleuropäischen Staaten betragen 1996 14 Mrd. Dollar und insgesamt im Zeitraum 1991-1996 knapp 50 Mrd. Dollar oder etwa 85 Mrd. DM.<sup>24</sup> Das bedeutet, daß allein aus den alten Bundesländern in einem Jahr nicht weniger Investitionen in Ostdeutschland durchgeführt wurden als von ausländischen Investoren in allen ost- und mitteleuropäischen „Reformstaaten“ in der gesamten Zeit nach 1990 realisiert wurden.

Die „Erblasten“ können wohl auch kaum erklären, warum ab 1996 das Wirtschaftswachstum im Vergleich zu den Jahren 1992 bis 1995 auf etwa ein Viertel zurückgegangen ist, die Investitionen absolut geschrumpft sind, und die Arbeitslosenquote wieder ansteigt.

Im Gegensatz zu der simplen, ideologisch bestimmten „Erblasten“erklärung lassen sich die wirtschaftlichen Probleme in Ostdeutschland vor allem auf drei Ursachenkomplexe und deren Zusammenwirken zurückführen.

<sup>23</sup> Berechnet nach: Wirtschaftsdaten der neuen Länder, April 1998, Bundesministerium für Wirtschaft, S..25

<sup>24</sup> Berechnet nach: World Investment Report 1997, United Nations, New York, 1997, S.96f

*Erstens:* Der Zustand der DDR-Wirtschaft zum Zeitpunkt der Vereinigung - niedrigere Produktivität, stark überalterter Kapitalstock, ressourcenökonomisch vielfach ineffiziente Produktionsstrukturen und Wirtschaftsorganisation, Innovationsschwächen, einseitige Bindung der Außenwirtschaftsbeziehungen an die UdSSR und die anderen RGW-Staaten u.a., die insgesamt im Vergleich zu den alten Bundesländern zu einer geringeren Effizienz und internationalen Wettbewerbsfähigkeit führten.

*Zweitens:* Die plötzliche, überstürzte Einführung der DM, die die ostdeutsche Wirtschaft schutzlos einem vernichtenden Aufwertungsschock aussetzte.

*Drittens:* Die fehlerhafte, gegenüber den großen Problemen und Herausforderungen des Transformations- und Vereinigungsprozesses völlig inadäquate Wirtschaftspolitik, die auf die Selbstheilungskräfte des Marktes setzte und die auch die Wirksamkeit der beträchtlichen Mittel der Wirtschaftsförderung, die in den neuen Bundesländern eingesetzt wurden, verringerte.

Diese drei Ursachen vermögen nur zusammen den Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft zu erklären.

Der *Zustand der DDR-Wirtschaft Ende der 80er Jahre* läßt sich durch folgende kritische Aspekte kennzeichnen:<sup>25</sup>

- \* Die Produktivität der DDR-Industrie betrug im Vergleich zur westdeutschen Industrie etwa 40 bis 50 Prozent; dies war aber nicht nur auf das im allgemeinen niedrigere technologische Niveau, sondern wahrscheinlich in nicht geringerem Maße auch auf eine geringere Arbeitsintensität (geringeres Arbeitstempo, Stockungen infolge fehlender Zulieferungen u.a.) und auf unzureichende Leistungsmotivation zurückzuführen.
- \* Der Kapitalstock der DDR-Industrie war im Vergleich zur westdeutschen Industrie stark überaltert. Das Durchschnittsalter der Produktionsanlagen der DDR-Industrie betrug 18 Jahre, der BRD-Industrie 8 Jahre; der Anteil der Ausrüstungen mit einem Alter bis zu zehn Jahren am Wert der Ausrüstungen insgesamt betrug Ende der achtziger Jahre in der DDR-Industrie 49 Prozent, in der BRD-Industrie 70 Prozent.
- \* Die wirtschaftliche Entwicklung erzeugte in zunehmendem Maße, vor allem wegen des hohen Umfangs der Braunkohlenförderung, vornehmlich zum Zwecke der Energieerzeugung (die Höchstfördermenge betrug 320 Mio t/Jahr), des unzureichenden Einsatzes von Umwelttechnik sowie der Sanierungsrückstände erhebliche ökologische Schäden;<sup>26</sup>
- \* Die ostdeutsche Wirtschaft war mit dem entscheidenden Teil ihres Exports auf den von den kapitalistischen Industrieländern weitgehend abgekoppelten sowjetischen bzw. osteuropäischen Markt orientiert. Hier behauptete sie zum Teil dominierende Positionen; aber dieser Markt war insgesamt nicht einer Innovationen stimulierenden offenen Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt.
- \* Die zum Teil durch politischen Ehrgeiz aber entscheidend auch durch die Embargopolitik der kapitalistischen Staaten und technologische Schwächen der RGW Staaten verursachten

<sup>25</sup> Vgl. hierzu: Harry Nick, Klaus Steinitz, Bilanz der Übernahme der DDR-Wirtschaft durch die Bundesrepublik Deutschland und Ausblick, a.a.O. In: Ludwig Elm, Dietmar Keller, Reinhard Mocek (Hrsg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Wirtschaft, Bd.VI, sind mehrere differenzierte und informative Studien zu Problemen der DDR-Wirtschaft enthalten, u.a. Herbert Wolf, Das Verhältnis von Ökonomie und Politik in der DDR - Möglichkeiten und Realitäten ihrer Entwicklung; S.9ff; Siegfried Wenzel, Die DDR-Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen objektive Bedingungen und Politik der SED, S.89ff; Hans Watzek, Wie stand es um die Landwirtschaft der DDR? S.337ff; Gerhard Schürer, Das Ende der DDR-Wirtschaft, S.375ff

<sup>26</sup> Zu Problemen der Umweltpolitik in der DDR vgl.: Herbert Schwenk, Gewußt und verheimlicht, in: Ludwig Elm, Dietmar Keller, Reinhard Mocek (Hrsg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. VIII, S.237ff

Versuche des Alleingangs bei wichtigen wissenschaftlich-technischen Entwicklungen überforderten zunehmend die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR. Sie führten zu steigendem Mißverhältnis zwischen dem durch Forschung und Entwicklung hervorgebrachten Innovationspotential und dem Investitionsvermögen.

- \* Die bis zuletzt nicht eingedämmte sondern weiter ausufernde zentralistische Leitung der Wirtschaft und die durch sie bedingten Interessenstrukturen vor allem in den Beziehungen zwischen Staat und Betrieben verursachten einen Dauermangel in allen Bereichen der Wirtschaft bis hin zur Versorgung der Bevölkerung, der die Innovationsfähigkeit und -willigkeit der Wirtschaft und die sozialen Antriebskräfte zunehmend lähmte.
- \* die SED- und Staatsführung der DDR hat in den Zielsetzungen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung die objektiven wirtschaftlichen Bedingungen und die fortschreitende Leistungsschwäche der Wirtschaft weitgehend ignoriert, und eine vorgegebene Konsumtionsentwicklung zunehmend zu Lasten der Akkumulations- und Investitionsdynamik - der Erneuerung der Produktionsanlagen, der Infrastruktur und der Umwelt -, und damit auch auf Kosten der Zukunft, aufrechtzuerhalten versucht. Es wurden Großvorhaben in der Industrie wie im kulturellen Bereich ausgeführt, die die Mittel für die Erhaltung, Modernisierung der vorhandenen Substanz weit unter das kritische Minimum reduzierten und die Wirtschaftskraft der DDR überstiegen, und damit die Defizitsituation in der gesamten Wirtschaft verschärften. Sie hat aus den anwachsenden Widersprüchen keinen ehrlichen Ausweg gesucht, sondern sich notwendigen Einsichten verweigert.

Auf diese Weise hatte sich die SED- und Staatsführung in eine Lage hineinmanövriert, daß - abgesehen von ihrer Reformunwilligkeit - sich auch die Reformfähigkeit ständig verschlechterte.

Nicht das Ausmaß der Verschuldung - diese war, gemessen am Wirtschaftspotential und im internationalen Vergleich keineswegs übermäßig hoch - wohl aber die aus der allgemeinen Mangelsituation resultierende Devisenknappheit und die Zahlungsmodalitäten (die von der DDR aufgenommenen Kredite hatten überwiegend kurze, die von ihr gegebenen Kredite überwiegend langfristige Zahlungsziele) komplizierten die Mechanismen des notwendigen Lavierens schließlich in einem Maße, daß nur eine außerordentlich starke Zentralisierung über den jeweils nächsten Zeitabschnitt noch hinweghelfen konnte.

Für eine differenzierte Wertung der DDR-Vergangenheit sind jedoch auch folgende Sachverhalte zu berücksichtigen:

- \* Die DDR gehörte zwar nicht, wie vielfach behauptet, zu den zehn führenden Industrieländern der Welt. Aber sie war ein entwickeltes Industrieland, und nicht eine Industriearmut. Das Lebensniveau ihrer Bevölkerung war bedeutend höher als das der Bevölkerung in den Marktwirtschaften des südeuropäischen Gürtels (Türkei, Griechenland, Süditalien, Spanien, Portugal). Industrialisierungs- und Lebensniveau waren, wie bereits erwähnt, auch deutlich höher als das der anderen sozialistischen Länder, mit Ausnahme der CSSR mit einem etwa ähnlichen Niveau.
- \* Die außenwirtschaftliche Isolierung gegen die westlichen Industrieländer, vor allem auf technologischem Gebiet, war keineswegs ausschließlich absichtsvolle Politik der DDR, sondern auch von der westlichen Embargopolitik aufgezwungen, die noch Mitte der achtziger Jahre verschärft, in ihren Mechanismen perfektioniert und zielgerichteter auf Hochtechnologien ausgerichtet worden war. Den Alleingang der DDR auf dem Gebiet der Mikroelektronik mag man heute belächeln, aber von außen waren technologische Spezialausrüstungen für die Mikroelektronik und auch höchstintegrierte Schaltkreise so gut wie nicht zu bekommen, weder aus dem Westen, noch aus dem Osten. Die Erzeugnispalette, die von solchen Chips abhängig war, wuchs beständig.
- \* Die Behauptung, daß die Produktqualität der DDR-Erzeugnisse den Maßstäben des Weltmarktes nicht gerecht wurde, ist, so verallgemeinernd, nicht zutreffend. Auch im

Investitionsgüterbereich hat es DDR-Betriebe gegeben, die einen großen Teil ihrer Produktion in westliche Länder exportierten, und dort gut eingeführte Firmen waren. Die Schwächen der DDR-Exportbetriebe lagen nicht in erster Linie in der Erzeugnisqualität, sondern weit mehr in den zu hohen Kosten, die zu einem immer geringeren Teil durch die Weltmarktpreise entgolten wurden.

Es hat nach der Wende Versuche gegeben, die Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Industrie differenzierter einzuschätzen. Ihr Resultat: Ein großer Teil der Industrie war hoffnungslos veraltet oder aus ökologischen Gründen nicht zu erhalten. Es wurden aber auch Bereiche der Investitionsgüterindustrie und nicht wenige Unternehmen, die mittlerweile ebenfalls zusammengebrochen oder auf einen Bruchteil ihrer ursprünglichen Kapazität geschrumpft sind, als stark und zukunftsfruchtig angesehen, vor allem im Stahlbau, Maschinenbau, in der Erzeugung elektrotechnischer Geräte für Stromerzeugung und -verteilung, Meß- und Regeltechnik.

Der Versuch, den wirtschaftlichen Niedergang in Ostdeutschland allein auf die "Mißwirtschaft der SED" zurückzuführen, folgt allzu bereitwillig den Klischees populistischer Werturteile, die niedrigere Effektivität einfach als um denselben Betrag marodere wirtschaftliche Verhältnisse definiert, einzig zurückzuführen auf unfähige politische Führung.

Die Probleme und Entwicklungsschwierigkeiten der neuen Bundesländer ergeben sich nicht nur aus der „Erblast“ und den objektiven Anpassungs- und Umstellungsproblemen der DDR-Wirtschaft. Sie wurden in bedeutendem Umfang durch die Folgen der überstürzten Währungsunion, durch Konstruktionsfehler des Einigungsvertrages und der danach von der Bundesregierung verfolgten Wirtschaftspolitik hervorgerufen.

Über die für zahllose ostdeutschen Unternehmen ruinösen Folgen des plötzlichen Aufwertungsschocks durch die politisch motivierte Einführung der DM noch vor der staatlichen Vereinigung wurde schon viel geschrieben. Hickel/Priewe stellen fest: „Der Kern der ostdeutschen Tragödie liegt vielmehr in den Ausgangsbedingungen, die durch die schnelle Währungsunion geschaffen wurden, die die ostdeutsche Wirtschaft in eine extreme Quasi-Aufwertung führten.“<sup>27</sup>

Entscheidende Konstruktionsfehler des Einigungsvertrages und Defizite der Bonner Wirtschaftspolitik gegenüber Ostdeutschland waren vor allem:

- \* das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung mit seinen sehr negativen ökonomischen (Investitionsbereitschaft wurde und wird stark gehemmt) und sozialen Wirkungen.
- \* Der Wirtschaft wurde mit der Schocktherapie kaum eine Chance gegeben, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen; die Notwendigkeit sowie auch die Erfahrungen Westdeutschlands aus der Nachkriegszeit, in einer komplizierten Übergangsphase eine andere Kombination von marktwirtschaftlicher und staatlicher Regulierung zu praktizieren, wurde mit der Ideologie "der Markt wird es schon richten" ignoriert. Entgegen dringlichen Forderungen von Fachleuten hat die Bonner Regierungskoalition auf eine aktive Industrie-, Struktur- und Beschäftigungspolitik faktisch verzichtet.
- \* Die von der Treuhandanstalt rigoros verfolgte einseitige Privatisierungspolitik führte zur Vernachlässigung der Sanierung, Modernisierung und Strukturanpassung der Treuhandbetriebe. Viele lebensfähige und recht moderne Unternehmen, insbesondere des Maschinenbaus, wurden aus Konkurrenzgründen "plattgemacht". Die Privatisierung einer

---

<sup>27</sup> Rudolf Hickel/Jan Priewe, Nach dem Fehlstart, Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1994, S.13f. Eine umfassende Untersuchung zur Problematik der übereilten Währungsunion ist enthalten in: Lutz Hoffmann, Warten auf den Aufschwung, Eine ostdeutsche Bilanz, tv Transfer Verlag, 1993

Volkswirtschaft innerhalb weniger Jahre ist nicht ohne verheerende wirtschaftliche und soziale Folgen möglich. Nicht nur die Zerstörung industriellen Potentials, auch die Verschleuderung des ehemals volkseigenen Wirtschaftsvermögens sind eine direkte Folge der Art und Weise, wie die Treuhandanstalt im Auftrage der Bundesregierung die Privatisierung der staatlichen Betriebe in Ostdeutschland betrieb.

- \* Die sogenannten Altschulden, die größtenteils (eine Ausnahme stellen nur die Auslandsschulden und die Kredite/Sparguthaben der Bevölkerung dar) keine realen Schulden waren, führten zu schweren - durch die kumulierten Zinsen (sie erreichen bis heute eine Größenordnung von insgesamt weit über 100 Mrd. DM) noch erhöhten - Belastungen vieler Unternehmen, Wohnungsgesellschaften, Gemeinschaftsunternehmen in der Landwirtschaft, der ostdeutschen Länder und Kommunen.
- \* Die Transferzahlungen und die Wirtschaftsförderung wurden und werden weiterhin ohne ein stimmiges Gesamtkonzept für den Aufschwung und die Strukturentwicklung Ostdeutschlands eingesetzt. Es gab weder eine zielgerichtete mittelfristig angelegte Strukturpolitik, noch hieran orientierte Steuerungs- und Kontrollinstrumente.

Die drei Ursachenkomplexe (Belastungen aus der DDR Vergangenheit, überstürzte Einführung der DM, fehlerhafte Wirtschaftspolitik) waren bzw. sind in den weiter oben charakterisierten drei Entwicklungsphasen der ostdeutschen Wirtschaft wirksam, jedoch in unterschiedlichem Maße.

In der ersten Phase wirkten alle drei Komplexe fast ungehemmt, in voller, sich gegenseitig noch verstärkender destruktiver Kraft.

In der zweiten Phase ist die Wirksamkeit und Rolle des ersten Komplexes zurückgegangen, da einerseits die meisten nicht wettbewerbsfähigen Unternehmen - jedoch nicht nur diese - schon liquidiert, vom Markt verschwunden waren, und andererseits Effizienzhemmnisse der Kombiatsstrukturen nach deren Zerschlagung nicht mehr existieren konnten, und schließlich der Kapitalstock in vielen privatisierten Unternehmen erneuert bzw. modernisiert worden war. In dieser Phase führten die Investitionsverpflichtungen, die von den neuen Eigentümern bei den Treuhandprivatisierungen in Verbindung mit den lukrativen Verkaufsangeboten übernommen werden mußten, zu beträchtlichen Investitionen. Eine ähnliche Wirkung hatten die Milliardensubventionen in Form von Sonderabschreibungen, Investitionszuschüssen und -zulagen sowie günstigen Krediten. Einen großen Teil erhielten westdeutsche und ausländische Konzerne für Investitionen in den neuen Bundesländern, u.a. Opel und VW für Automobilwerke in Eisenach und Zwickau, Chemiekonzerne für Investitionen in Leuna und Buna, Siemens und der amerikanische Konzern AMD für Chipfabriken in Dresden, westdeutsche und westeuropäische Konzerne für Investitionen in der Stahlindustrie, der Bremer Vulkan für Investitionen in der Werftindustrie, die allerdings illegal zu einem großen Teil für die Sanierung westdeutscher Werften eingesetzt wurden.

Durch diese Investitionen wurde im Zeitraum 1991 bis 1995 ein beträchtlicher Teil der Bauten und Ausrüstungen erneuert und modernisiert. Nach einer Untersuchung von Görzig (DIW) ist der Anteil des vor 1991 errichteten Anlagevermögens im Unternehmensbereich (ohne Wohnungsvermietung) von 90% im Jahre 1991 auf 40% im Jahre 1995 zurückgegangen (bewertet zu Preisen 1995). Diese Strukturverschiebung war nicht nur Resultat einer umfassenden Investitionstätigkeit, sondern auch der Stilllegung vieler Produktionsanlagen. Das Bruttoanlagevermögen im Unternehmensbereich Ostdeutschlands 1995, das nach Berechnungen des DIW 674 Mrd. DM betrug, bestand aus einem Anlagenwert von 276 Mrd. DM, der auf Investitionen vor 1991 beruhte, und einem Anlagenwert von 398 Mrd. DM der sich aus den seit 1991 investierten Anlagen zusammensetzte. Die neu investierten Anlagen

fürten zwar zu einer ähnlichen Produktivität wie in den alten Bundesländern, wiesen jedoch geringe Arbeitsplatzeffekte auf. Auf die 60% neuen Anlagen entfielen weniger als 20% der Arbeitsplätze, während auf die 40% vor 1991 errichteten Anlagen mehr als 80% aller Arbeitsplätze kamen.<sup>28</sup>

Die relativ hohe ostdeutsche Wirtschaftsdynamik erhielt in den Jahren bis 1995 weitere Impulse aus dem beträchtlichen Einkommens- und Kaufkraftzuwachs, den hohen Investitionen in die Infrastruktur sowie den Finanztransfers an die öffentlichen Haushalte der ostdeutschen Länder und Kommunen. Hierdurch wurde *zeitweise überdeckt, daß die Bedingungen für eine sich selbst tragende nachhaltige Wirtschaftsentwicklung kaum verbessert wurden.*

Eine Analyse und Bewertung der gegenwärtigen dritten Etappe muß vor allem Erkenntnisse vermitteln, ob bzw. inwieweit es sich um eine zeitweise Unterbrechung des Aufhol- oder Angleichungsprozesses oder im Kern um seinen Abbruch handelt, welche Ursachen für die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Situation verantwortlich sind, und schließlich inwiefern Möglichkeiten bestehen, bei einer anderen Wirtschaftspolitik doch noch zu einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland zu kommen.

Die Bonner Regierung versucht den Eindruck zu erwecken, daß es sich um eine zeitweilige Unterbrechung des Aufholprozesses handelt, daß er nur etwas länger gestreckt wird. Diese Interpretation des drastischen Wachstumseinbruchs und der seit 1996 wieder steigenden ostdeutschen Arbeitslosenzahlen wird vom Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1997/98 unterstützt. Aufschlußreich sind hier schon die Überschriften einiger Abschnitte: „Neue Bundesländer - Aufbauprozeß auf schwierigem Wege“, „Trotz Stockungen im Aufbauprozeß: Fortschritte in der Industrie“. Eine Analyse der Probleme in den neuen Bundesländern führt jedoch zu einer anderen Schlußfolgerung. Eine Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung wird nicht zu einer sich selbst tragenden Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern führen.

Die ungelösten Probleme bleiben: Eigenkapital- und Innovationsschwäche vieler ostdeutscher Unternehmen, hohe Marktzugangsbarrieren bei sich verschärfender Verdrängungskonkurrenz, im Vergleich zu den Konkurrenten niedrigere Preise beim Absatz auf überregionalen Märkten, um überhaupt dort eindringen zu können<sup>29</sup>, von den Entscheidungen in den westdeutschen oder ausländischen Konzernzentralen abhängige Entwicklungsperspektiven vor allem der noch existierenden größeren ostdeutschen Unternehmen der Industrie, ungünstige Größenstruktur der Unternehmen, geringes eigenes Steueraufkommen und weiter zugespitzte Finanzlage der ostdeutschen Länder und Kommunen mit geringem Spielraum für eine wirksame eigenständige regionale Struktur- und Beschäftigungspolitik.

Der eingengegte wirtschaftspolitischen Spielraum trifft für die Kommunen in Ost und West zu. Ausdruck hierfür ist u.a., daß die Sachinvestitionen der Kommunen insgesamt von 1992 bis 1996 um 20 % zurückgegangen sind, von 69,5 Mrd. DM auf 56,8 Mrd. DM.<sup>30</sup>

<sup>28</sup> Vgl. Determinanten der Produktivitätslücke in Ostdeutschland - Teil I, Wirtschaft im Wandel 1/1998, IWH, S. 5

<sup>29</sup> Vgl. Jahresgutachten 1997/98, a.a.O., S. 122 f

<sup>30</sup> Vgl. Jahresgutachten 1997/98, a.a.O., Tabelle 40\*

Einige Bedingungen für die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung haben sich gegenüber der Zeit 1991-1995 verschlechtert: die bei der Privatisierung übernommenen Investitionsverpflichtungen laufen aus, für westdeutsche und ausländische Investoren interessante Anlagemöglichkeiten sind weitgehend ausgeschöpft,<sup>31</sup> für die Wirtschaftsförderung und die Arbeitsmarktpolitik stehen weniger Mittel als in den Vorjahren zur Verfügung, der ostdeutsche Binnenmarkt erhält durch den Rückgang öffentlicher Aufträge und die geringe Zunahme des privaten Verbrauchs weniger Impulse, mit der Einführung des Euro wird sich der Verdrängungswettbewerb verstärken mit vorwiegend negativen Auswirkungen auf die schwächeren Regionen.

Schließlich muß beachtet werden, daß in der ostdeutschen Wirtschaft noch erhebliche nicht genutzte Produktivitätspotentiale schlummern. Der Wachstumseinbruch wird nicht von einem adäquaten Rückgang der Produktivitätszuwächse begleitet sein. In Ostdeutschland wird die Produktivität im Unterschied zur Wirtschaftsleistung in den nächsten Jahren voraussichtlich auch weiterhin rascher als in Westdeutschland zunehmen. Daraus ergibt sich eine für die Beschäftigung und den Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit einschneidende Konsequenz. Die Wachstumsschwelle, ab der ein Zuwachs der Erwerbstätigen eintritt bzw. die ausreichend ist, um deren weiteren Rückgang zu verhindern, wird auch in den nächsten Jahren wesentlich über der in den alten Bundesländern liegen. Bei Fortführung des Tempos der Produktivitätssteigerung der letzten Jahre würde bei sonst gleichen Bedingungen ein positiver Arbeitsplatzeffekt erst jenseits eines Wachstums des BIP von 4-5% eintreten. (Vgl. Tabelle 2)

Tabelle 2: Reale Wachstumsraten des BIP und des BIP je Erwerbstätigen (Produktivität) in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	1993	1994	1995	1996	1997
neue Bundesl.					
BIP	9,3	9,6	5,2	1,9	1,6
BIP/Erwerbs.	12,3	7,7	4,1	4,2	5,1
Alte Bundesl.					
BIP	-2,0	2,1	1,5	1,3	2,2
BIP/Erwerbst.	-0,5	3,3	2,2	2,4	3,3

Quelle: Wirtschaftsdaten Neue Länder, Bundesministerium für Wirtschaft, April 1998, S.6/7

Trotz der hohen Zuwachsraten der Industrieproduktion der Jahre 1995-1997 (9,5%, 5,4%, 10,9%) ist die Anzahl der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe weiter zurückgegangen, weil die Zuwachsraten der Produktivität mit 11%, 9% und 15% noch darüber lagen.<sup>32</sup>

Alles in allem: Die Wirtschafts- und speziell die Industriestruktur wie sie sich in den acht Jahren nach der Vereinigung herausgebildet hat - weitgehende Deindustrialisierung, Rückstände bzw. Unterentwicklung besonders der für Innovationen und die perspektivische Entwicklung entscheidenden Branchen der Investitionsgüterherstellung und der Reproduktionsphasen Forschung und Entwicklung, Marketing -, die Eigenkapital- und Gewinnschwäche der meisten ostdeutschen Unternehmen in Verbindung mit der

<sup>31</sup> Vgl. Reinhold Kowalski, Die Aufholjagd ist zu Ende, Freitag, Nr. 41/97, S. 6

<sup>32</sup> Vgl. Rüdiger Pohl, Joachim Ragnitz, Ostdeutsche Wirtschaft..., S.10

Finanzschwäche der Länder und Kommunen geben keine ausreichende Grundlage für einen sich selbst tragenden wirtschaftlichen Aufschwung.

Mit dem größeren zeitlichen Abstand zur DDR und den im Verlaufe der bisherigen Transformation geschaffenen vollendeten Tatsachen verändert sich die Rolle der drei Ursachenkomplexe. Die aus der DDR-Entwicklung und aus der Währungsunion abgeleiteten Gründe sowie die spezifischen Faktoren aus den ersten Jahren nach der Vereinigung, wie z.B. fehlende marktwirtschaftliche und Managementenerfahrungen, haben an Gewicht verloren. Die Rückstände in der Infrastruktur und im technologischen Niveau der Produktionsanlagen gegenüber den alten Bundesländern sind wesentlich geringer geworden. Hingegen nehmen die Auswirkungen zu, die sich aus den Fehlern und Defiziten der neoliberalen Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik der Regierungskoalition ergeben sowie aus den bisher im wirtschaftlichen Transformationsprozeß entstandenen, zum großen Teil irreversiblen Zerstörungen wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Potentiale und traditioneller regionaler und außenwirtschaftlicher Verlehtungen Ostdeutschlands.

Aufschlußreich sind hierfür die Veränderungen der regionalen Außenhandelsstrukturen Ostdeutschlands. Bis Ende der 80er Jahre gingen zwei Drittel des DDR-Exports in die europäischen RGW-Staaten. 1989 und 1990 lagen diese ostdeutschen Exporte bei jeweils rund 30 Mrd. DM und erreichten damit etwa dieselbe Größenordnung wie die westdeutschen Exporte in diese Region (32 Mrd. DM). Von 1990 bis 1995 gingen die Exporte Ostdeutschlands nach den Ländern Ost- und Mitteleuropas (einschließlich GUS) von 30 auf 5 Mrd. DM zurück. Das wurde oft mit dem angeblichen Zusammenbruch dieses Markts begründet. In Wirklichkeit sind jedoch die Gesamtexporte Deutschlands nach den Ländern Ost- und Mitteleuropas nur für eine kurze Zeitspanne (1991-1994) zurückgegangen. Sie lagen 1995 mit 61 Mrd. DM in derselben Größenordnung wie 1990 mit 62 Mrd. DM. Der Rückgang der ostdeutschen Exporte um 25 Mrd. DM wurde in derselben Größenordnung durch Westdeutschland übernommen, deren Exporte in diese Region von 32 auf 56 Mrd. DM wuchsen. Dadurch schmolz der ostdeutsche Strukturanteil am Export Deutschlands in diese Länder von 49% 1990 auf 8% 1995.<sup>33</sup> Wieviel hiervon objektiv unvermeidbar war, und wieviel mit einer anderen Politik hätte verhindert werden können, wird wohl kaum festzustellen sein.

Die zum großen Teil irreversiblen Wirkungen der Zerstörung wirtschaftlicher Potentiale und Strukturen unterscheiden sich von anderen Wirkungen, bspw. der Verringerung der Mittel für die Wirtschaftsförderung, darin, daß sie dauerhaft sind, kurz- und auch mittelfristig kaum überwindbar, zu korrigieren sind. Wenn schon von Erblasten gesprochen wird, so müßten die aus der DDR resultierenden um eine andere Art von Erblasten ergänzt werden, die in den neuen Bundesländern nach der Vereinigung durch die marktradikale neoliberale Wirtschaftspolitik entstanden sind, die die Interessen der hier lebenden Menschen in vielen existentiellen Fragen mißachten hat.

#### **4. Die West-Ost Finanztransfers - Ihre Höhe und Wirkungen**

Kontroversen über Höhe, soziale und ökonomische Wirkungen und Perspektiven der öffentlichen West-Ost Finanztransfers haben schon eine längere Geschichte. Mit der

---

<sup>33</sup> Vgl. Eugen Faude, Hemmnisse und Möglichkeiten des Handels mit Ost- und Südosteuropa, PDS im Bundestag, Blickpunkt Wirtschaft und Umwelt, Rundbrief Nr. 7, 1997, S.5

Zuspitzung der ökonomischen und sozialen Probleme in Ost- und in Westdeutschland haben sie sich in der letzten Zeit weiter verschärft. Die Forderungen, die in den letzten Jahren schon vorgenommene Reduzierung dieser Mittel konsequenter weiterzuführen, werden lauter. Nach Meinungsumfragen haben 75% der Westdeutschen den Eindruck, die Transfers seien zu hoch; 57% vermuten, daß die Probleme in Deutschland daher kämen, daß die alten Länder zuviel für die neuen Länder zahlen müßten. In Ostdeutschland sind allerdings 73% gegenteiliger Ansicht; nur 15% halten die Transfers für zu hoch.<sup>34</sup>

#### *Höhe der Finanztransfers<sup>35</sup>*

Es gibt keine allgemein akzeptierte Größe der Transferleistungen der öffentlichen Haushalte (Bund, Länder, Gemeinden, Fonds „Deutsche Einheit“, EU-Haushalt und Haushalte der Sozialversicherungen) für Ostdeutschland. Von den einzelnen Institutionen werden unterschiedliche Leistungen in die Berechnungen einbezogen. Dabei sind politische Ziele nicht ohne Einfluß. Ein Beispiel: Bei Investitionen in Ostdeutschland erhalten westdeutsche Investoren bedeutende Steuervergünstigungen. Die hierdurch in den alten Bundesländern bewirkten Steuerausfälle wird vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in die Transferbilanz einbezogen. Allein daraus resultieren überhöhte Ergebnisse. Hinzu kommt, daß die Erfassung der Transferzahlungen auf eine Reihe methodischer Schwierigkeiten stößt.

Vom Bundesministerium für Wirtschaft wird folgende Übersicht über die Finanztransfers für Ostdeutschland publiziert. (Vgl. Tabelle 3)

Tabelle 3: Öffentliche Finanztransfers für Ostdeutschland in Mrd. DM

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997 (Soll)	1998 (Reg.E.)
Bruttotransfer	159	196	217	216	199	201	199	198
Rückflüsse	35	41	44	48	51	52	51	52
Nettotransfer	124	155	173	168	148	149	148	146

Quelle: Wirtschaftsdaten Neue Länder, Januar 1998, Bundesministerium für Wirtschaft, S.30

Hiernach würde sich eine kumulative Größe für die acht Jahre von 1.585 Mrd. DM Bruttotransfer und 1.211 Mrd. DM Nettotransfers ergeben. In diesen Nettotransfers sind einerseits spezielle „Begünstigungen“ der neuen Länder im Vergleich zum früheren Bundesgebiet enthalten und andererseits Leistungen, „die sich aus der Ausdehnung der Finanzverfassung und der allgemeinen Staatstätigkeit auf die neuen Länder ergeben.“<sup>36</sup> Zu den letzteren gehören die Leistungen auf Grundlage der Leistungsgesetze, des Länderfinanzausgleich sowie reiner Bundesaufgaben. Die speziellen Leistungen für die neuen Bundesländer belaufen sich nach den Berechnungen der Bundesbank, die auch mit ähnlichen Untersuchungen der ostdeutschen Länderfinanzminister übereinstimmen, auf eine

<sup>34</sup> FAZ, 15.1.1997

<sup>35</sup> Vgl. zu dieser Problematik: Rolf Mager, Manfred Voigt, Transferleistungen im geeinten Deutschland - Nur eine Einbahnstraße von West nach Ost?, PDS im Bundestag, Blickpunkt: Wirtschaft und Umwelt, Rundbrief, Nr. 9, 1997

<sup>36</sup> Zur Diskussion über die öffentlichen Finanztransfers im Gefolge der Wiedervereinigung, Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 1996, S.30

Größenordnung von rund 50 Mrd. DM jährlich, für diese 8 Jahre kumulativ 400 Mrd. DM, oder rund ein Drittel der allgemein als Nettotransfer genannten Größe.

Diesen Berechnungen, liegt die Überlegung zugrunde, daß nur solche Leistungen als spezifische Transferleistungen West-Ost aufgefaßt werden dürfen, die nicht im Rahmen der auch für die alten Bundesländer und Regionen vorgesehenen Transfers erfolgen (insbesondere Länderfinanzausgleich, zusätzliche Mittel für Regionen mit einer überdurchschnittlichen Höhe der Arbeitslosigkeit). So bekommen Bremen, das Saarland, Rheinland Pfalz, Niedersachsen ebenso Leistungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs, wie westdeutsche Regionen mit einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit Mittel der Arbeitslosenversicherung aus einer überregionalen Umverteilung erhalten. Darüber hinaus bekommen Bremen und Saarland zusätzliche Finanzhilfen in Höhe von jährlich 1,8 bzw. 1,6 Mrd. DM im Rahmen bis 1998 befristeter Sonder-Bundesergänzungszuweisungen.<sup>37</sup> Auch die Subventionen für den Steinkohlenbergbau müßten in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden.

Welche Größe der Finanztransfers den jeweiligen Einschätzungen zugrunde gelegt wird, die „speziellen Begünstigungen“ oder die gesamten Nettotransfers, hängt im wesentlichen von der zu untersuchenden Problematik ab. Wenn es um die *spezifische* Unterstützung für Ostdeutschland geht, die auch die eigentlich zu beeinflussende Größenordnung der Transfers darstellt, so dürfte nur von der niedrigeren Summe von jährlich rund 50 Mrd. DM ausgegangen werden. Wenn es jedoch um die Gesamtgröße der Belastungen der öffentlichen Haushalte geht, einschließlich der Haushalte der Sozialversicherung, so müßte im wesentlichen die Gesamtgröße der öffentlichen Transferleistungen - unter Berücksichtigung der dem Bund zufließenden Steuer- und Verwaltungseinnahmen aus den neuen Bundesländern - zugrunde gelegt werden.

Bei all diesen Angaben über die Höhe der Transferzahlungen darf nicht außer Acht gelassen werden, daß es sich um finanzwirtschaftliche und nicht um realwirtschaftliche Leistungen handelt, und daß damit auch wenig über die Ergebnisse ausgesagt wird, die hiermit erreicht werden.

Die finanziellen Transfers müssen vor allem danach bewertet werden, wie sie dazu beitragen, eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern zu fördern, und welche Verteilungs- und Umverteilungseffekte sie bundesweit hervorrufen bzw. begünstigen.

#### *Nutznieser und Belastete der Transferzahlungen*

Zunächst haben natürlich die jeweiligen Empfänger der Leistungen, die Länder, Kommunen, die Unternehmen (Wirtschaftsförderung) sowie die Bürgerinnen und Bürger einen Nutzen. Ohne diesen Finanztransfer wären die bedeutenden Leistungen bei der Modernisierung und Erweiterung der Infrastruktur der neuen Bundesländer nicht möglich, wäre die Tätigkeit vieler Kommunen lahmgelegt, könnten die Zahlungen für Arbeitslosengeld, Altersübergangsgeld u.ä. sowie die Rentenerhöhungen nicht gesichert werden. Nach Berechnungen der Bundesbank wurden von den Bruttoleistungen - die Nettoleistungen können nicht aufgeschlüsselt werden - im Durchschnitt der Jahre 1991-1995 44% für Sozialleistungen, 16,5% für Investitionen und 8% für Subventionen eingesetzt, während 32%

---

<sup>37</sup> Zur Diskussion ....., a.a.O. S. 28

auf allgemeine, nicht aufteilbare Finanzzuweisungen entfielen. Ohne diese nicht zurechenbaren Leistungen betrug der Anteil der Sozialleistungen an den Bruttotransfers in diesem Zeitraum fast zwei Drittel, während die Investitionen ein Viertel ausmachten.<sup>38</sup> Von den allgemeinen Finanzzuweisungen für die Länder und Kommunen wurde ein beträchtlicher Teil für Investitionen in die Infrastruktur und den Wohnungsbau eingesetzt. Es kann daher von ausgegangen werden, daß im gesamten Zeitraum etwas mehr als ein Viertel für investive Aufgaben verwendet wurden.

Wenn auch in den alten Bundesländern in den letzten Jahren kaum *neue* Wachstumsimpulse und Arbeitsplatzeffekte der Vereinigung wirksam wurden, so bleibt doch als ein wesentliches Resultat eines höheren Wirtschaftswachstums in den ersten Jahren nach der Vereinigung im Gefolge einer weitgehenden Übernahme des ostdeutschen Markts (der jährliche Lieferüberschuß von West- nach Ostdeutschland erreichte eine Größenordnung von über 200 Mrd. DM): ein höheres Produktions- und Beschäftigungsniveau. Daraus ergeben sich auch erhebliche Mehreinnahmen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung durch Steuern und Abgaben. Sie liegen bei einer Steuer- und Abgabenquote von 43% und einem bis 1994 erzielten zusätzlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 5-7% in den alten Bundesländern<sup>39</sup>, in einer Größenordnung von 70-100 Mrd. DM jährlich.

Hiermit wird faktisch ein beträchtlicher Teil der Belastungen der öffentlichen Haushalte infolge der Transferzahlungen für die neuen Bundesländer ausgeglichen. Es ist daher nur die halbe Wahrheit, wenn von der Bundesregierung und dem Sachverständigenrat ein direkter Zusammenhang hergestellt wird zwischen den Transfers und dem Zuwachs der öffentlichen Schulden um eine Billion DM von 1990 bis Ende 1995. Es muß auch in Rechnung gestellt werden, daß ohne die Wachstumseffekte der Vereinigung die kumulativen Haushaltseinnahmen (ohne die Einnahmen des Bundes aus ostdeutschen Steuerzahlungen) um bis zu 500 Mrd. DM niedriger ausgefallen wären. Hinzu kommt, daß mit der Vereinigung auch Kosten wegfielen (u.a. Abbau der Zonenrand- und Berlinförderung), die insgesamt für 1991-1996 auf rund 90 Mrd. DM geschätzt werden können, und daß auf EU-Beihilfen kumulativ etwa 30 Mrd. DM entfielen.<sup>40</sup>

Der wirtschaftliche Niedergang Ostdeutschlands mit der verlustreichen Verschleuderung des Volkseigentums an westdeutsche und ausländische Unternehmen durch die Treuhandanstalt wirkte sehr unterschiedlich, teilweise völlig entgegengesetzt, auf die sozialen Bevölkerungsgruppen in den alten Ländern. Die westdeutschen Banken, Versicherungsgesellschaften, Handelsketten und anderen Großunternehmen konnten einen mehrfachen Profit realisieren: (1) Einen hohen Vermögenszuwachs an Immobilien, Produktionsanlagen und finanziellen Bankguthaben bei der Übernahme der ostdeutschen Unternehmen, Banken und der staatlichen Versicherung zu einem sehr niedrigen Preis; (2) Eine beträchtliche Erhöhung der Profite durch die neuen Absatzmärkte, nicht nur des ostdeutschen Marktes sondern auch größere Teile der osteuropäischen Exportbeziehungen der DDR; (3) Hohe Subventionen und Steuererleichterungen für die westdeutschen Unternehmen, die in Ostdeutschland investieren sowie äußerst günstige Verwertungsbedingungen für die Banken, die die finanziellen Transaktionen abwickelten und hohe Zinseinnahmen aus den Kreditgeschäften erzielen. Die wenigen Angaben über finanzielle Leistungen an westdeutsche

<sup>38</sup> Zur Diskussion ....., a.a.O. S. 19ff

<sup>39</sup> Jahresarbeitsmarktbericht Ostdeutschland der SPD-Bundestagsfraktion, zitiert in Neues Deutschland, 2.4.1996

<sup>40</sup> Ebenda, S. 88, 96

Konzerne und größere Unternehmen, die an die Öffentlichkeit gelangt sind, lassen die Schlußfolgerung zu, daß ihnen ein entscheidender Teil der Mittel für Wirtschaftsförderung zugute kommt. Die Banken und Konzerne waren und bleiben auch weiterhin die Hauptnutznießer der Vereinigung und dabei speziell auch eines großen Teils der öffentlichen Finanztransfers. (4) Nutzen aus der durch diese Transfers finanzierten Modernisierung und Erweiterung der Infrastruktur in den neuen Bundesländern: insbesondere der Straßen- und Autobahn- sowie der Telefon- und Kommunikationsnetze, der Erschließung von Gewerbegebieten.

*Die soziale Ungerechtigkeit in der Verteilung erreichte in der Bundesrepublik mit der Vereinigung eine neue Stufe.* Die Profitzuwächse betragen das Mehrfache der Lohnzuwächse. Von 1991-1996 stiegen die Nettogewinne mehr als doppelt so schnell wie die Nettoarbeits-einkommen, um 40% gegenüber 19%. Die Kluft hat sich 1997 weiter erhöht und nimmt nach allen Prognosen 1998 und in den Folgejahren weiter zu.

Ein großer Teil des öffentlichen Finanztransfers floß wieder nach Westdeutschland zurück, verwandelte sich über den Kauf von Gütern, Bank- und Versicherungsleistungen sowie über die verschiedensten Formen der Wirtschaftsförderung (Investitionshilfe und Steuer-erleichterungen u.ä.) in höhere Profite westdeutscher Großunternehmen und in Rekordgewinne der Banken.

Die undifferenzierte Förderpolitik, speziell die Steuergeschenke für Bauten in Ostdeutschland, hat eine Reihe negativer Wirkungen hervorgerufen: Überangebot an Büroflächen, leerstehende zu teure Wohnungen, überdimensionierte Anlagen der Infrastruktur (z.B. Abwasser), zu hoher Mitteleinsatz für die Erschließung neuer Gewerbegebiete bei Vernachlässigung der innerstädtischen Modernisierung, unzureichende regionale Einbindung der Investitionen.

Die abhängig Beschäftigten in West- und Ostdeutschland hatten und haben darüber hinaus auch über höhere Sozialabgaben und Steuern die Hauptlast dieser Finanztransfers zu tragen. Für Selbständige, Beamte, Angehörige des höheren Managements, größere Vermögensbesitzer waren im Vergleich zu den ArbeitnehmerInnen die relativen Belastungen aus der Vereinigung weit geringer.

Aus all diesen Prozessen wird deutlich, ein beträchtlicher Teil der Beitrags- und steuerfinanzierten öffentlichen Transferzahlungen nach Ostdeutschland führt im Ergebnis vieler Verteilungs- und Umverteilungsvorgänge zur Erhöhung des Profits westdeutscher Unternehmen und zum Anwachsen der Einkommen und der Privatvermögen der Reichen und Besserverdienenden. Diese Umverteilungsprozesse werden noch durch den hohen Anteil der Kreditfinanzierung der Transfers verstärkt: Zinszahlungen der öffentlichen Haushalte, die vor allem den Vermögenden zugute kommen und zu einem großen Teil durch höhere Steuern der abhängig Beschäftigten finanziert werden.

Die Einbeziehung der ostdeutschen Bundesländer in den Länderfinanzausgleich hat die Konsequenz, daß westdeutsche Länder, die bisher Leistungen aus dem Länderfinanzausgleich erhalten hatten, selbst zu Beitragszahlern werden, bzw. geringere Zuführungen erhalten. Hiervon werden westdeutsche Kommunen besonders betroffen, die von den Ländern geringere Zuweisungen erhalten und infolgedessen ihre sozialen und kulturellen Leistungen einschränken müssen.

### *Ursachen der Transferzahlungen*

Es sind im wesentlichen zwei Komplexe, aus denen sich unmittelbar die Anforderungen an Umfang und Dynamik der Finanztransfers ergeben:

*Erstens* die geringere Wirtschaftsleistung, das geringere Steueraufkommen und das insgesamt niedrige Gewinnniveau der ostdeutschen Wirtschaft. Mehr als die Hälfte der ostdeutschen Unternehmen produziert unterhalb oder gerade an der Gewinnschwelle. Das Steueraufkommen der ostdeutschen Länder und Kommunen liegt weit unter dem der westdeutschen Länder und Kommunen, während die Nettokreditaufnahme und damit der Zuwachs der Schulden bedeutend höher sind.

*Zweitens* der hohe Bedarf an finanziellen und materiellen Leistungen vor allem für die Infrastruktur und die Modernisierung des Anlagevermögens der Produktion sowie für die Finanzierung der direkten und indirekten Folgen, die sich aus der Massenarbeitslosigkeit ergeben, die real mit rund 30% etwa doppelt so hoch ist wie im Durchschnitt der alten Länder.

Im Vergleich zu den alten Bundesländern besteht eine *große Kluft zwischen der wesentlich geringeren Wertschöpfung und dem viel niedrigeren Steueraufkommen je Einwohner auf der einen und dem höheren pro Kopf Bedarf an finanziellen Mitteln auf der anderen Seite*. Der letztere widerspiegelt sowohl die überdurchschnittlich hohen Anforderungen an Bauleistungen und Ausrüstungen, um den Rückstand in der Ausstattung mit Einrichtungen der Infrastruktur und in der Leistungsfähigkeit der Produktionsanlagen aufzuholen als auch an Sozialleistungen infolge der hohen Arbeitslosigkeit. Diese Kluft ist die entscheidende Ursache für die beträchtlichen Transferzahlungen, sowohl für die überdurchschnittliche Höhe der „normalen“ Transfers, die im Rahmen der Leistungsgesetze und des Länderfinanzausgleichs erfolgen, als auch für die darüber hinaus gehenden „spezifischen“ Zuführungen, die vor allem als besondere Vergünstigungen im Rahmen der Regelungen für die Wirtschaftsförderung realisiert werden.

### *Vermögenstransfer Ost-West*

Eine Bewertung der laufenden Finanztransfers von West nach Ost setzt voraus, auch die Vermögenstransfers, die in umgekehrter Richtung verlaufen, zu berücksichtigen.

Die westdeutschen Unternehmen erzielten im Ergebnis der Privatisierungstätigkeit der Treuhandanstalt oft einen mehrfachen Profit: Erstens wurden viele Betriebe zu einem sehr niedrigen, oft nur symbolischen Preis von 1 DM, verkauft, oder die Privatisierung wurde mit entsprechenden Finanzhilfen noch versüßt. Zweitens wurden die übernommenen Betriebe in die Konzern- und Unternehmensstrukturen eingebunden, woraus sich zusätzliche Absatzmöglichkeiten für Zulieferungen und Investitionsgüter eröffneten. Drittens war das Ziel des Unternehmenskaufs in nicht wenigen Fällen gar nicht die Fortführung der Produktion, sondern der Erwerb einer Immobilie mit günstigen Verwertungschancen. Schließlich ging es häufig einfach um die Beseitigung eines Konkurrenten und die Übernahme seiner Marktanteile.

Im Ergebnis der Privatisierung durch die Treuhandanstalt vollzog sich ein *beispielloser Vermögenstransfer von Ost nach West*. Er begründet eine *dauerhafte Abhängigkeit* der in den neuen Bundesländern liegender Unternehmen von den westdeutschen Stammunternehmen oder Konzernen..

Im Unterschied zu den jährlichen Transferzahlungen handelt es sich bei diesen Vermögenstransfers nicht um Umverteilungsvorgänge in den Einkommen, die durch

gesetzliche Regelungen bzw. Parlaments- oder Regierungsentscheidungen geändert werden können, sondern um eine *langfristig wirkende, nachhaltige Veränderung in den Vermögens- und Eigentumsstrukturen* zu Gunsten westdeutscher Kapitaleigentümer.

## 5. Perspektiven und Chancen der ostdeutschen Wirtschaft

Im Jahresgutachten 1997/98 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist das neoliberale Konzept für Ostdeutschland recht prägnant enthalten. Es bildete die Grundlage für die Politik der Bundesregierung, wenn auch die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen von der Koalition meist nicht so deutlich und unverblümt ausgesprochen werden und ebenfalls nur abgeschwächt durchgesetzt werden können. Sie lassen sich auf drei Feststellungen reduzieren.<sup>41</sup>

*Erstens:* Die staatliche Wirtschaftspolitik hat beim Aufbauprozess die Grenzen ihrer Wirksamkeit erreicht. Die entscheidende Rolle bei der Herausbildung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft fällt jetzt der Entfaltung privater unternehmerischer Initiative zu. Mit anderen Worten, Abstinenz gegenüber einer aktiven staatlichen, vor allem regional orientierten Struktur- und Beschäftigungspolitik in den neuen Ländern.

*Zweitens:* Es ist notwendig, die Mittel für die Wirtschaftsförderung in den neuen Bundesländern schrittweise zu reduzieren. „Auf die Gefahren, die mit einer umfangreichen Förderung in den neuen Ländern über einen längeren Zeitraum verbunden sind, hat der Sachverständigenrat mehrfach hingewiesen“.<sup>42</sup> Nicht die Bündelung, der zielgerichtete und effektivere Einsatz der Fördermittel und die Weiterführung der unerläßlichen Wirtschaftsförderung stehen im Vordergrund, sondern ihre Reduzierung.

*Drittens:* Die wichtigste Aufgabe heute, und dies gilt auch für die neuen Bundesländer, besteht in der Beseitigung aller Hemmnisse die dem Durchsetzen der angebotspolitischen Konzeption entgegenstehen, d.h. vor allem in der weiteren arbeitsmarkt-, tarif-, und sozialpolitische Deregulierung und im systematischen Abbau sozialer Sicherung. Dahinter steht das Konzept eines neokonservativen gesellschaftlichen Umbaus, der im Osten forciert wird und der auf die gesamte Bundesrepublik ausgeweitet werden soll. Die Angebotspolitik hat in Ostdeutschland fast ideale Bedingungen erhalten - geringe Tarifbindung, Suspendierung einer Reihe in den alten Bundesländern wirksamer Regulierungsvorschriften, hohe Förderintensität der Investitionen, Steuervorteile, speziell durch günstige Abschreibungsbedingungen. Die Ergebnisse der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung legen daher in besonderem Maße auch Zeugnis ab vom Versagen der Angebotspolitik bei der Lösung der sozialen und ökologischen Probleme der Gesellschaft.

Die Empfehlungen des Sachverständigenrates würden die Probleme Ostdeutschlands nicht ent- sondern weiter verschärfen. Sie laufen im Kern auf folgendes Szenarium hinaus: Verfestigung als Rückstandsregion Deutschlands und der EU mit weiterhin schlechten Beschäftigungsaussichten für die dort Lebenden und insbesondere für die auslernenden jungen Menschen, mit langfristiger Abhängigkeit von größeren Transferzahlungen um die gesetzlich vorgeschriebenen sozialen Normen einhalten zu können, und mit nur minimalen Chancen, in absehbarer Zeit zu einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung zu kommen.

<sup>41</sup> Vgl. Jahresgutachten 1997/98. a.a.O., Ziffern 132-168

<sup>42</sup> Jahresgutachten 1997/98, a.a.O., Ziffer 145

Der Sachverständigenrat verzichtet darauf, die Konsequenzen zu untersuchen und zu benennen, die sich aus der von ihm vorgeschlagenen weiteren Reduzierung der Mittel zur Wirtschaftsförderung für die Menschen Ostdeutschlands und auch in den alten Bundesländern ergeben würden. Wenn die ostdeutsche Wirtschaftsleistung auch weiterhin nur etwa 60 % des gesamten Endverbrauchs in den neuen Bundesländern deckt, so wäre die Folge, daß die konsumtiven Transferzahlungen, die den bei weitem größten Anteil an den Finanztransfers West - Ost ausmachen, langfristig fortgeführt und sogar erhöht werden müßten. Damit würden die Belastungen der unteren und mittleren Einkommen und der Haushalte westdeutscher Länder und Kommunen sowie die Umverteilung zu Gunsten der Banken, größeren Unternehmen und der Vermögenden der alten Bundesländer weiter zunehmen.

Inwieweit es in Ostdeutschland noch reale Möglichkeiten gibt, in absehbarer Zeit zu einer sich selbst tragenden und zudem nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung zu kommen, ist schwer zu beantworten. Die Bedingungen hierfür haben sich in den letzten Jahren verschlechtert. Eine Fortsetzung der jetzigen Regierungspolitik, wird jedenfalls, auch bei einigen kleineren Änderungen, nicht zu einer solchen sich selbst tragenden Wirtschaftsentwicklung und zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit führen.

Angesichts der Probleme in den neuen Bundesländern sind *tiefergreifende Veränderungen in der Wirtschaftspolitik unerlässlich*. Es geht um eine *doppelte Herausforderung*. Einerseits Weichenstellung in Richtung einer zukunftsfähigen, ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung, die eine langfristig angelegte umweltfreundliche und innovative Reindustrialisierung und Revitalisierung der gesamten Wirtschaft und die Schaffung perspektivischer Arbeitsplätze verlangt. Andererseits: Kurzfristig wirksame, konkrete Maßnahmen oder ein Sofortprogramm gegen das für Ostdeutschland prognostizierte weitere Ansteigen der Arbeitslosigkeit und die Ausbildungsmisere der Jugend, gegen den Trend weiterer Betriebsschließungen und Konkurse.<sup>43</sup> Diese zwei Aufgaben müssen gleichzeitig gelöst werden.

Ausgangspunkt aller Überlegungen müßte sein, daß Größe und Zuspitzung der Probleme in Ostdeutschland neue, innovative wirtschafts- und beschäftigungspolitische Konsequenzen und Vorschläge verlangen. Sie dürfen nicht bei traditionellen Instrumenten und Konzepten stehen bleiben. Spezifische Konzepte für Ostdeutschland zu fordern, steht nicht im Widerspruch dazu, daß die grundlegenden Probleme der Massenarbeitslosigkeit, des Sozialabbaus, zunehmender Verteilungsungerechtigkeit und unökologischer Wirtschaftsentwicklung, in Ost- und Westdeutschland bestehen, und gleichermaßen einen Richtungswechsel der Politik verlangen.<sup>44</sup> Dabei kann die Entwicklung Ostdeutschlands natürlich nicht von der gesamtdeutschen und europäischen Entwicklung sowie den Globalisierungstendenzen abgekoppelt werden. Sie wird vielmehr noch stärker als bisher von konjunkturellen Tendenzen in der EU und einer verschärften Konkurrenz mit Unternehmen und auch Regionen Westdeutschlands und der EU Länder beeinflußt werden.

Die ostdeutsche Spezifik ergibt sich vor allem aus der besonderen Schärfe fast aller ökonomischen und sozialen Probleme, aus der Kompliziertheit und den meist ungünstigeren ökonomischen Entwicklungsbedingungen überdurchschnittlich vieler ostdeutscher

---

<sup>43</sup> Vgl. hierzu auch: „50 000 neue Arbeitsplätze - Beschäftigungs- und bildungspolitisches Sofortprogramm der PDS für die neuen Bundesländer“, Bundestagsgruppe PDS, Januar 1998

<sup>44</sup> Siehe hierzu: Rostocker Manifest der PDS, Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik, April 1998, Disput/Pressedienst, 4/98, S.31ff

Unternehmen sowie Länder und Kommunen, aus der besonderen Abhängigkeit von den Entscheidungen der Konzern- und Unternehmenszentralen, die sich alle außerhalb Ostdeutschlands befinden sowie insgesamt aus der bisherigen Mißachtung ostdeutscher Erfahrungen und der Selbstbestimmung der hier lebenden Menschen durch die Bonner Politik.

Im Rostocker Manifest der PDS heißt es: „In Ostdeutschland wurde die Demontage des bundesdeutschen Sozialstaat forciert. Nun vollzieht sich diese Beschleunigung bundesweit. Damit muß Schluß sein. Der Osten Deutschlands darf nicht länger das Schlachtfeld des Liberalismus sein und zum Armenhaus Deutschlands verkommen. ...Bisher wurde der Osten nach den Maßstäben verändert, die auch den Westen ungerechter, unsozialer und unökologischer machten. Das Pilotprojekt Ost zielt auf einen Wandel des Ostens nach den Maßstäben von sozialer Gerechtigkeit, nachhaltiger Entwicklung und demokratischer Selbstbestimmung und Selbstverantwortung.“<sup>45</sup>

Eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands kann nicht auf ein Aufholen struktureller, technologischer und Produktivitätsrückstände gegenüber den alten Bundesländern reduziert werden. Sie setzt jedoch auch dieses Aufholen voraus. Sie verlangt, daß die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit, das technologische und Produktivitätsniveau der ostdeutschen Wirtschaft erhöht und die Erzeugnisstrukturen erneuert werden. Sozialökologischer Umbau, Vollbeschäftigung neuer Art sowie regionale demokratische Selbstverantwortung haben nur dann wirkliche Chancen, wenn es gelingt, innovative Produktionsstrukturen mit einer hohen Wertschöpfung zu entwickeln, die auch in der Lage sind, sich auf den Märkten gegen die Konkurrenz zu behaupten. Sie verlangt aber, daß all dies für eine „ökologische Reindustrialisierung, umweltgerechte Revitalisierung der Landwirtschaft sowie ausgeprägte Entwicklung von Humandienstleistungen“<sup>46</sup> genutzt wird.

Im folgenden konzentriere ich mich auf einige langfristig-strategische Aspekte der wirtschafts-, sozial-, beschäftigungs- und umweltpolitischen Herausforderungen.<sup>47</sup>

*Erstens* ist eine im Vergleich zu den alten Bundesländern relativ *stärkere gesellschaftliche, staatliche Regulierung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung* zwingend notwendig. Ohne eine qualitativ neue Synthese von gesellschaftlicher und Marktregulierung, die das Verabschieden von den Dogmen neoliberaler Marktradikalität und Deregulierung verlangt, wird es keinen selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung in Ostdeutschland geben. Im Vordergrund steht dabei eine neue Qualität gestaltender Struktur-, Innovations-, Beschäftigungs- und Regionalpolitik. Die bisher typische Isolierung der Struktur-, Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik voneinander sowie von der Wirtschaftsförderung müssen überwunden werden.

Eine wichtige Grundlage hierfür sollte ein auf den sozial-ökologischen Umbau und auf die innovative Reindustrialisierung gerichtetes *Zukunftsinvestitions- oder Zukunftsinnovationsprogramm* für Ostdeutschland sein, dessen Schwerpunkt die Länderebene bildet. Mit einem solchen Programm für Ostdeutschland, bzw. mit Länderprogrammen, könnte auch ein geeigneter Rahmen für die Integration, Bündelung und zielgerichtete Nutzung der

---

<sup>45</sup> Ebenda, S.32

<sup>46</sup> Ebenda, S.33

<sup>47</sup> Vgl. hierzu: Positionen der PDS zur Wirtschaftspolitik, Beiträge zur Wirtschaftspolitik, 3-4/97; Joachim Bischoff/Judith Dellheim/Klaus Steinitz; Zu einem neuen Konzept für die Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands - Schwerpunkt: Regionale Entwicklung, Arbeitsmaterial für einen Workshop, Bundestagsgruppe PDS, Januar 1998

verschiedenen Förderprogramme und -instrumente sowie der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik entstehen.

Die Fortführung der Wirtschaftsförderung muß vor allem darauf gerichtet werden, die Schaffung perspektivischer Arbeitsplätze und die Herausbildung zukunfts- und umweltorientierter, wettbewerbsfähiger, den Bedingungen der jeweiligen Länder und Regionen entsprechender Wirtschafts- und Industriestrukturen zu fördern.

*Zweitens* müßte Ostdeutschland mit seiner doppelt so hohen Arbeitslosenquote eine *Vorreiterrolle bei der Entwicklung und Ausbreitung innovativer Wege zur Erhaltung vorhandener und zur Schaffung neuer existenzsichernder, perspektivischer Arbeitsplätze* spielen. Dies gilt insbesondere für die Herausbildung eines Bereichs öffentlich geförderter gemeinnütziger Arbeiten - sozio-kulturelle Aufgaben, Altlasten- und Städtesanierung, Aufgaben die dazu beitragen, die Lokale Agenda 21 durchzusetzen. Gesellschaftlich nützliche Tätigkeitsfelder liegen brach, weil sie sich nicht für die Kapitalverwertung lohnen. Die Entwicklung eines solchen Sektors öffentlich geförderter Arbeiten verlangt, ihn mit den Arbeiten im öffentlichen Dienst und mit der Entwicklung von KMU so zu verbinden, daß möglichst geringe Reibungen entstehen. Notwendig sind auch innovative, ressortübergreifende Wege seiner Finanzierung. Um einen spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern zu erreichen, müßte ein solcher Bereich öffentlich geförderter Arbeiten über einen längeren Zeitraum in den neuen Bundesländern einen größeren Anteil an den Erwerbstätigen und auch ein höheres wirtschaftliches Gewicht aufweisen als in den alten Bundesländern, in denen die Aufgabe der öffentlichen Förderung von Beschäftigung natürlich auch besteht.

Es sollte ebenfalls weiter über konkrete Wege nachgedacht werden, wie in Übereinstimmung mit den spezifischen Bedingungen Ostdeutschlands, eine Umverteilung von Arbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit stimuliert werden kann.

*Drittens* müßten die vorhandenen Chancen einer relativ weitgehenden Neugestaltung von Wirtschaftsstrukturen und -verflechtungen dazu genutzt werden, die *Bedingungen für die notwendige ökologische Wende rascher zu schaffen*. Aufholen Ost darf nicht als Nachholen West verstanden werden, sondern muß die Verringerung von Produktivitäts- und Innovationsrückständen mit der Gestaltung neuer, umweltfreundlicher und zukunftsfähiger Wirtschafts- und speziell Industriestrukturen verbinden. Zentrale Fragen der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung müßten sein:

- \* Ausbau der Potentiale für eine umweltorientierte Forschung und Technologieentwicklung;
- \* Schritte zur notwendigen Energiewende durch eine Strukturgestaltung, die auf Einsparung von Energie und Erhöhung der Anteile regenerativer Energieträger, auf Solartechnologien, gerichtet ist;
- \* Konzepte für eine Verkehrswende u.a. durch Verkehrsvermeidung mit Hilfe einer besseren Nutzung regionaler Potentiale und Verflechtungen, die Verhinderung umweltschädlicher Verkehrsprojekte sowie Förderung ökologiefreundlicher Verkehrssysteme;
- \* Ressourceneinsparung durch vorrangige Entwicklung von Recyclingtechnologien und integrierter, vorsorgender Umwelttechnologien;
- \* Vorstellungen zur Stärkung bzw. zum Aufbau innovativer, umweltorientierter Kapazitäten der Investitionsgüterindustrie für den Einsatz in der Wirtschaft und den Export.

*Viertens* erhält die *stärkere Regionalisierung* der Wirtschaftsentwicklung, insbesondere die *regionale Verflechtung von Wirtschaftskreisläufen, eine zunehmende Bedeutung*.

Regionalisierung der Wirtschaft sollte jedoch nicht der überregionalen und internationalen Arbeitsteilung entgegengesetzt werden. Es geht vielmehr darum, die vorherrschende einseitige Weltmarktorientierung zu überwinden, und die endogenen Potentiale der Regionen zielgerichtet zu erschließen.

Regionale Wirtschaftsverflechtungen wiederzubeleben, sie mit neuen lebensfähigen Strukturen des produzierenden Bereichs zu verbinden, ist ein zukunftsfähiger Weg für Ostdeutschland. Durch Regionalisierung können natürlich nicht sämtliche Wirtschaftsprobleme gelöst werden. Dazu sind die heutigen Produktionen viel zu komplex und auf hoch spezialisierte, arbeitsteilige Beziehungen angewiesen. In regionalen Entwicklungskonzepten müßten differenzierte Vorstellungen enthalten sein, einerseits für solche Komplexe, die weitgehend im Rahmen einer Region entwickelt werden können, die vorwiegend für den regionalen Markt produzieren und auch starke Verflechtungen zu regionalen Vorleistungen aufweisen. Hierzu gehören die Ernährungswirtschaft, die Baustoff- und Bauproduktion sowie vor allem Bereiche der Infrastruktur, wie Energie, Verkehr, Wasser, Abwasser, Müll, die meisten Dienstleistungen und der Tourismus. Um dies zu sichern, müßten Privatisierungen in diesen Bereichen, die die Bedingungen gesellschaftlicher Einflußnahme verschlechtern, verhindert werden. Andererseits geht es um solche Branchen, um spezialisierte und meist technologieintensive Komplexe, die vorwiegend auf überregionalem Absatz beruhen und die eine überregionale bzw. internationale Arbeitsteilung voraussetzen. Auch bei den letzteren gibt es meist regionale Anforderungen an Zulieferungen und Dienstleistungen sowie Folgewirkungen, die bisher nur unzureichend genutzt werden, um die wirtschaftlichen Potentiale der Regionen zu beleben und Arbeitsplätze zu schaffen.

Eine wichtige Grundlage für eine stärkere Nutzung der endogenen Potentiale der Regionen könnte die Ausarbeitung regionaler Zielvorstellungen und Leitbilder sein, die ihren Niederschlag in regionalen Entwicklungskonzepten erhalten. Diese müßten Aufgaben einer umweltorientierten Revitalisierung der Industrie ebenso einschließen, wie die Unterstützung einheimischer Unternehmen im Verdrängungswettbewerb, die Entwicklung und Nutzung von Innovationszentren für eine effektivere Wirtschaftsentwicklung und Wertschöpfung in den Regionen, die stärkere Erschließung der Potentiale der Landwirtschaft für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und die Herausbildung von auf Rohstoffen oder Abfällen der Region beruhenden Stoffkreisläufen. Im Zentrum solcher Entwicklungskonzepte müßten Aufgaben stehen, die dazu beitragen, den Menschen wieder Arbeits- und Lebensperspektiven zu geben, das brachliegende schöpferische Potential der lebendigen Arbeit im Interesse der Gemeinschaft zu nutzen, und Schritte zur Umsetzung der auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro beschlossenen Agenda 21 zu gehen.

Die in den ostdeutschen Regionen vorhandenen Kapazitäten und Wachstumspotentiale sind weit stärker als in den alten Bundesländern vom regionalen Absatz abhängig. Die in den ostdeutschen Länder abgesetzten Waren und eingesetzten Bauleistungen bzw. Dienstleistungen kommen zu einem großen Teil aus den alten Bundesländern, obgleich in den jeweiligen ostdeutschen Regionen hierfür meist Kapazitäten vorhanden sind oder waren, bzw. ohne Schwierigkeiten wieder geschaffen werden könnten. Die Regionalisierung kann gut an die in Ostdeutschland noch vorhandenen Traditionen gemeinsamer Arbeit verschiedener Akteure an regionalen Konzepten und des Gemeinschaftssinns anknüpfen. Damit könnten bisher brachliegende potentielle Stärken genutzt werden. Dies gilt z.B. für die Kooperation mehrerer Unternehmen bei dem Bezug von Materialien und bei der Bereitstellung

anspruchsvoller Zulieferungen sowie bei dem Bewerben um Bauaufträge, die zu groß für ein einzelnes Unternehmen sind.

Die Gestaltung umweltfreundlicher regionaler und lokaler Wirtschaftsbeziehungen kann auch durch die Bodenpolitik erleichtert werden. Die verschiedenen Formen gemeinschaftlichen Eigentums am Boden müßten weitgehend erhalten und hierfür genutzt werden.

*Fünftens* kommt den *kleinen und mittleren Unternehmen* - KMU - eine im Vergleich zu den alten Bundesländern *größere Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung* zu. Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, daß deren Anteil am Wirtschaftspotential infolge des fast völligen „Verschwindens“ von Großbetrieben beträchtlich höher ist als in den alten Bundesländern. In ihnen ist ein relativ weit größerer Teil der FuE-Kapazitäten konzentriert. Kleine und mittlere Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten gehören zu der einzigen Größengruppe, die neue Arbeitsplätze geschaffen hat. Hinzu kommt, daß die ostdeutschen KMU mit größeren Entwicklungs- und Überlebensschwierigkeiten zu kämpfen haben, daß sie nach wie vor - bei starker Differenzierung - insgesamt Wettbewerbsnachteile gegenüber westdeutschen Unternehmen aufweisen. Deshalb ist es notwendig, diese Unternehmen durch spezifische Maßnahmen der Wirtschaftsförderung - zinsgünstige Kredite, Kredit- und Liquiditätsbürgschaften, Stärkung des Eigenkapitals und des Innovationspotentials, Bereitstellung von Risikokapital, öffentliche Auftragsvergabe, Förderung des Absatzes in die alten Bundesländer, Erleichterungen für Existenzgründungen, speziell innovativer Unternehmen -, zu unterstützen. Eine wichtige Aufgabe besteht darin, bessere Bedingungen zu schaffen für die Umsetzung von FuE Ergebnissen in nachhaltige, den sozial-ökologischen Umbau fördernde Strukturen.

*Sechstens* ist es notwendig, *die Wirtschaftsförderung Ost zu reformieren und langfristig zumindest auf dem schon einmal erreichten Niveau fortzuführen*. Zunächst sollte ein Zeitrahmen von 10 Jahren zugrunde gelegt werden, um langfristig verlässliche, stabile Bedingungen zu sichern. Vor allem in den nächsten 4-5 Jahren müßte ein massiver Mittlereinsatz erfolgen, um dem gegenwärtigen Abbruch der „Aufholprozesse“ entgegenwirken zu können. Die Mittel sollten wie bisher auf die Infrastruktur und weit stärker auf die Industrie konzentriert werden.<sup>48</sup>

Die Reformierung bzw. Umgestaltung der Wirtschaftsförderung müßte in folgenden Richtungen erfolgen: 1. Vereinfachung, größere Transparenz und wirksamere Gestaltung des Fördersystems, Bündelung und Zusammenwirken der Instrumente und Programme; 2. engere Verflechtung der Wirtschafts- und Forschungsförderung mit regionaler Wirtschafts-, Ökologie-, Struktur- und Beschäftigungspolitik sowie mit den regionalen Entwicklungskonzepten; 3. Demokratisieren der Entscheidungen zum Einsatz der Fördermittel, erweiterte Einflußnahme der Kommunen auf die Art ihrer Verwendung. Im Vordergrund muß stehen, mittels der Wirtschaftsförderung besser zur Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen beizutragen.

*Siebtens* ist es notwendig, *die finanziellen Spielräume der Länder und Kommunen für eine aktive Struktur- und Beschäftigungspolitik zu sichern und zu erweitern*. Im Vordergrund steht die Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen, um nicht nur regionale Entwicklungskonzepte zu erarbeiten, sondern sie auch zielgerichtet umsetzen zu können sowie sinnvolle Beschäftigung zu fördern. Hier geht es darum, einen weiteren Stellenabbau im

---

<sup>48</sup> Vgl. „.... dann wird die Lage für Ostdeutschland kritisch“, im Gespräch, Heiner Flaßbeck über die Notwendigkeit, auch künftig den Kapitalfluß von West nach Ost aufrechtzuerhalten, Freitag, Nr. 41/1997, S. 6

öffentlichen Dienst vor allem im kulturell-sozialen Bereich und bei der öffentlichen Daseinsvorsorge zu verhindern, die Kofinanzierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zu gewährleisten. Der Auf- und Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors setzt eine Reform der Kommunalfinanzen sowie eine ökologische und soziale Steuerreform voraus, die dazu beiträgt, die Fehlentwicklungen der letzten Jahre in der Verteilung der Einkommen und Vermögen durch eine Umverteilung von oben nach unten zu korrigieren.<sup>49</sup>

---

<sup>49</sup> Vgl. Hierzu u.a.: Positionen der PDS zu einer sozialen und ökologischen Steuerreform, Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Nr. 1/97, Hrsg. Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS